

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

## Berliner Mittelstandsbank bankrott

### Berliner Fleischer die Hauptgeschädigten

### Direktor begeht Selbstmord

Berlin, 4. März 1932.

Berlin hat einen neuen Bankkrach. Am Nachmittag des 3. März hat die Handelsbank ihre Schalter geschlossen, nachdem sie noch bis zwei Uhr Einzahlungen angenommen hatte. Die Geschädigten sind in der Hauptsache Berliner Ladefleischer, von denen schon einige Hundert bei der Bank für Handel und Gewerbe schwere Verluste erlitten haben. Die Handelsbank ist eine Aktiengesellschaft mit 2,8 Mill. Mark Aktienkapital. Die ungedeckten Guthaben werden auf 11,8 Mill. Mark beziffert.

Der Staatsanwalt hat sofort eingegriffen. Die Leiter der Bank stehen im Verdacht, noch zu einer Zeit an bestimmte Kreise Auszahlungen gemacht zu haben, als sie längst zur Konkursanmeldung gezwungen waren. Außerdem muß angenommen werden, daß die Leitung der Bank sich in Transaktionen eingelassen hat, die mit den eigentlichen Geschäften nichts zu tun haben und daß hierauf die Verluste zurückzuführen sind. Sollte sich

dies bestätigen, dann wäre die Schließung der Bank gleichbedeutend mit der Eröffnung eines neuen Skandals.

Die Handelsbank hatte, wie jetzt bekannt wird, in den letzten Wochen viele Rückforderungen zu befriedigen.

Von 19 Mill. RM Einlagen gelangte mehr als die Hälfte zur Abhebung.

Die Hoffnung, daß der Ansturm zum Stillstand käme, hat sich nicht erfüllt, so daß der Schalterschlöß unabweichlich wurde. Offenbar rechnete die Bankleitung auch damit, daß das Reich nach berühmtem Muster im gegebenen Augenblick schon einspringen und dadurch den Zusammenbruch aufhalten werde. Tatsächlich hat das Reich in einem Falle der Bank bereits Hilfe insofern geleistet, als das Reichsfinanzministerium für eine ansehnliche Zahlungsforderung einer Großbank an das jetzt zusammengebrochene Finanzinstitut Bürgschaft übernommen hatte. Bei näherer Prüfung des Status der Handelsbank scheint man in Regierungskreisen indessen zur Erkenntnis

gekommen zu sein, daß es sich bei diesem Unternehmen um

ein Faß ohne Boden,

handelt, so daß eine weitere Unterstützung abgelehnt wurde. Auch über diese Zusammenhänge wird noch weitere Aufklärung zu verlangen sein, denn natürlich muß es große Verbitterung schaffen, daß das Reich wohl einspringt, wenn es gilt, Forderungen der Großen zu sichern, daß es aber die kleinen Gläubiger, um die es sich bei den Einlegern der Handelsbank durchweg handelt, ihrem eigenen Los überläßt. Doch das sind Zusammenhänge, über die die Gepellten der Handelsbank ihre eigenen Betrachtungen anstellen müssen.

Der Zusammenbruch der Handelsbank hat bereits ein Todesopfer in der Person des Direktors dieser Bank, Walter Braun, gefordert. Braun wurde am Freitag früh mit dem Tode kämpfend in seinem Schlafzimmer aufgefunden. Ärztliche Hilfe blieb erfolglos. Wie sich später herausstellte liegt Selbstmord durch Vergiftung vor.

meint, Deutschland könne „keine nur auf seinem Verhältnis zu Oesterreich beruhende Aktion im Auge haben“, und da auch Paris „alle politischen Lebensabsichten als schädlich“ ablehnt, so könnte einer Einigung nichts im Wege stehen.

Daß sich trotz dieser Diplomatie wirtschaftliche und politische Absichten kreuzen, beziehungsweise ergänzen, braucht kaum besonders betont zu werden. Die Reichspost weiß es ebenso gut wie es die „Wiener Arbeiterzeitung“ weiß, die „Entpolitisierung der wirtschaftlichen Aktion“ als dringendes Gebot fordert. Es läßt sich im Zeitalter und im Zeichen des Kapitalismus das eine vom andern nicht trennen.

Wir schreiben schon am 4.12., indem wir darauf aufmerksam machten, daß ein engerer Zusammenschluß in Osteuropa sich anbahne, daß man im Donaubecken von einem „wirtschaftlichen Paneuropa en miniature“ spräche. Und setzten damals hinzu:

„Daß ein ost-südosteuropäischer Agrarblock einer gewissen wirtschaftlichen und natürlichen Logik entsprechen würde, läßt sich nicht abstreiten. Jedenfalls verdient diese Entwicklung, die natürlich nicht mit Siebenmeilenstiefeln laufen wird, besondere Beachtung auch von Seiten der Arbeiterschaft in den westlichen Industrieländern, da sich hier ebensogut Absatzgebiete für die westeuropäische Industrie ergeben können, wie auch unter Umständen ein Kampfblock des agrarischen Teils Europas gegen den industriellen.“

Inzwischen ist man, wie wir das gestern schon darstellten, einen nicht unbedeutenden Schritt weiter gekommen. Zweifellos wäre es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus das Gegebene, daß Deutschland und Frankreich hier gemeinsam arbeiteten, und es ist durchaus möglich, daß man von deutscher Seite her auch einsieht, daß ein Kampf gegen Frankreich auf diesem Gebiet auf die Dauer aussichtslos ist, daß sich aber mit Frankreich zusammen gute Geschäfte machen lassen. Man muß natürlich andererseits damit rechnen, daß auf beiden Seiten der Nationalismus und der „nationale“ Kapitalismus siegt, der Rivalitätskampf schärfer als bisher entbrennt. Es würde dabei freilich weder Oesterreich noch sonst jemand geholfen sein. Am wenigsten dem Proletariat, das solchem Nationalismus sich entgegenwerfen muß.

Aber wenn wir hier diese wirtschaftliche Ergänzungsmöglichkeit feststellen, so dürfen wir nicht übersehen, was wir schon gestern betonten, daß der Kapitalismus die Fäden in der Hand hat, und daß das Proletariat der osteuropäischen Agrarländer so gut wie das der westlichen Industriestaaten zu gemeinsamer Aktion sich zusammenfinden muß, wenn es nicht Gefahr laufen will, daß es die Kosten des Geschäfts bezahlt und daß das, was günstige wirtschaftliche Möglichkeiten in sich schließt, nicht in sein Gegenteil verkehrt wird. Wirtschaftskriege zwischen kapitalistischen Staaten kommen dem Proletariat immer teuer zu stehen, kapitalistische Verständigung bieten wohl Handhaben auch für das Proletariat, aber sie müssen ergriffen und der längere Hebelarm dem Kapitalismus entwunden und der Arbeiterschaft übergeben werden. Das eine also muß verhindert, das andere muß unter Führung des europäischen Proletariats vorgenommen werden, wenn es nicht zum Unheil ausschlagen soll.

Die „Wahlfreiheit“ im Hindenburg-Deutschland

## Hochverratsprozeß gegen Thälmann

Immunität aufgehoben — Die Bourgeoisie hat Angst

TU. Hamburg, 4. März 1932.

Der Geschäftsausschuß der Hamburger Bürgerschaft hat jetzt die Immunität des Abgeordneten und Reichspräsidentenskandidaten Thälmann aufgehoben, nachdem der Oberreichsanwalt einen diesbezüglichen Antrag gestellt hatte, um gegen den Führer der KPD ein Verfahren wegen versuchten Hochverrats einleiten zu können. Thälmann wird u. a. beschuldigt, anlässlich einer Kundgebung zu einem bewaffneten Aufstand aufgerufen zu haben.

\*

Trotz all ihrer Zuversichtsbeteuerungen hat die kapitalistische Bourgeoisie — das zeigt diese „Hochverratsgeschichte“ — Angst. Hat Angst vor dem Kandidaten des Proletariats, trotz „Eiserner Front“, trotz „Tolerierung“ der SPD und der Gewerkschaften. Sie ahnt wohl, daß auch Wahlenmassen der SPD den Weg zu Hindenburg nicht mitgehen, sie spürt, daß ein Entscheidungskampf begonnen ist — nicht um die Reichspräsidentenschaft, das ist nur eine Phase, ein äußerer Ausdruck, sondern darum, wer herrschen soll in Deutschland: Hindenburg — Hitler oder die Arbeiterschaft. So läßt dieser Staat jedes Mittel spielen, verschmäht auch das eines Hochverratsprozesses und der Immunitätaufhebung nicht — und zeigt damit doch nur seine Schwäche, offenbart dem Proletariat, daß

es siegen kann, wenn es nur die Stunde versteht, wenn es sich zusammenschließt in eine revolutionäre Phalanx, die keine Bürokratie, keine Justiz und selbst kein Militär zerbrechen könnte.

### Das Spiel um Genf und China

Am 3. März ist der Völkerbund zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten; unmittelbar vorher konnten die Japaner durch Massierung ihrer Streitkräfte einen Erfolg bei Schanghai buchen. Die Chinesen zogen sich hinter die 20-Kilometer-Zone zurück, und die Kanonen hörten für den Augenblick auf zu donnern. Ob sie nicht in Kürze wieder zu sprechen anfangen, ruht „in Gottes Hand“.

Jedenfalls hat Japan für den Waffenstillstand Bedingungen gestellt, „wie sie ein Siegerstaat einem besiegten Staat aufzuerlegen pflegt“. So äußerte sich mit vollem Recht der chinesische Gesandte Yen in Genf, und er erklärte, daß diese Bedingungen für China untragbar seien.

Nun wird also der Völkerbund wieder vor dem schwierigen Problem stehen, das „Gesicht zu wahren“, nichts zu tun und doch zu tun, als ob er etwas täte. Japan spielt noch immer in der Vorhand, zieht an der Strippe wie es ihm beliebt und baut schleunigst, wenn auch in Seelenruhe, seine Stellung in der Mandschurei aus.

### Der Kampf um Ost-Europa

Deutschland schaltet sich ein

† Berlin, 4. März 1932.

Manchmal schießen die Preußen doch schnell. Kaum ist der von uns bereits behandelte Plan Tardieus bekannt geworden, da erfährt auch schon die Welt von einem Schritt Deutschlands zwecks Hilfe für Oesterreich. Am Donnerstag hat der deutsche Gesandte in Wien Dr. Rieth im Auftrag der Reichsregierung eine Erklärung an Buresch abgegeben, deren Sinn ist: Oesterreichs Wirtschaft dadurch zu beleben, daß an die Stelle von Meistbegünstigungsverträgen Vorzugszölle treten sollen. Das heißt: Deutschland ist bereit, solche Oesterreich zu gewähren, falls nicht andere Staaten die gleichen Vorteile für sich beanspruchen.

Es ist begreiflich, daß man in Oesterreich diesem Plan gern zustimmt, aber es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die deutsche Presse es so darstellt, als sei mit diesem Vorschlag nun Tardieus Absicht durchkreuzt und abgeschlagen. Am maßgebendsten für die Haltung Oesterreichs dürfte wohl sein, was die christlichsoziale „Reichspost“ äußert. Sie gibt sich Mühe, eine Brücke zwischen den beiden Plänen zu finden, indem sie

## Japans Dank an Rußland

Die schweigsame kommunistische Presse

TU. Tokio, 3. März 1932.

Der japanische Kriegsminister Araki sprach dem russischen Botschafter in Tokio den Dank der japanischen Regierung „für die freundliche Unterstützung aus, die die Beamten der chinesischen Ostbahn den japanischen Truppen beim Transport auf der Bahn erwiesen haben.“

Wir hatten am 1. 3. über das Abkommen berichtet, wonach die Sowjetregierung Truppentransporte der Japaner auf der ostchinesischen Bahn bis dicht an die Grenze des russischen Reichs gestattet, sich damit also faktisch mindestens mit einer vorübergehenden Annexion der Mandschurei einverstanden erklärt. Es mag den Russen schwer angekommen sein, den japanischen Forderung nachzugeben, und es wäre höchst töricht, die Regierung deshalb anzugreifen. Sie ist aus den verschiedensten Gründen jetzt nicht in der Lage, einen Krieg zu führen, kann sich im Ausbau der russischen Wirtschaft nicht stören lassen. Sie tut recht daran. Wir sind die letzten, die russische Regierung deshalb zu verspotten.

Aber das muß doch einmal gesagt werden: es geht schon über die Grenze des Erlaubten hinaus, daß die kommunistische Presse, soweit wir sehen können, das Abkommen tagelang totschweigt, daß die KPD lärmende Kundgebungen veranstaltet, ohne auch nur mit einem Wort diese Dinge zu streifen, dafür aber alle diejenigen der schlimmsten Verbrechen zu beschuldigen, die aufs schärfste sich gegen die imperialistischen Abenteuer und Abenteuerer wenden, die die Arbeiterschaft zum Kampf gegen sie zu sammeln suchen, ohne freilich sich unter das Joch einer kommunistischen Diktatur zu beugen. Wir, die wir uns nicht scheuen und nicht scheuen dürfen, wo es notwendig ist, Kritik auch an der russischen Politik zu üben, kämpfen in Wahrheit und durch die Wahrheit viel wirksamer für den ungestörten Aufbau in Rußland als die es tun, die da glauben, durch List, Lüge und Verschweigen der Wahrheit Proletarier vor ihren leeren Parteikarren spannen zu dürfen.

## England—Rußland

TU. London, 4. März 1932.

Im Unterhaus teilte der Staatssekretär für das Ueberssee-Departement mit, daß der Ausschuß, der über die Ausfuhr-Kreditgarantien zu entscheiden hat, Kredite an Rußland von mehr als zwölfmonatiger Dauer aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen nur „unter verschärften Bedingungen“ geben werde. Rußland spiele offensichtlich ein Land gegen das andere aus, um langfristige Kredite zu erhalten. Der Regierungsvertreter begründete die Maßnahme mit der wenig zufriedenstellenden Handelsbilanz. Während Rußland für 135 Millionen Pfund nach England einführe, betrage die englische Ausfuhr nach Rußland nur 26 Millionen Pfund. England zahle in bar, Rußland kaufe auf Kredit. Von Seiten der Opposition wurde der Regierung vorgeworfen, daß sie gegen Rußland ein Sonderverfahren einschlage und durch ihre Maßnahmen den Absatz von englischen Maschinen usw. nach Rußland zu vermindern drohe.

## Auf zur „Altweiberwahl!“

Köln, 4. März 1932.

Die Zentralstelle des Katholischen Deutschen Frauenbundes erläßt folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl:

„Wir katholische deutsche Frauen wissen, daß es bei der Wahl des Reichspräsidenten um die Entscheidung der deutschen Zukunft geht.“

Wir wollen das Schicksal Deutschlands in die Hand des Mannes legen, dessen Persönlichkeit uns als verehrungswürdiges Vorbild der Pflichttreue, der Vaterlandsliebe und des christlichen Glaubens vor Augen steht.

Die Welt soll erkennen, daß das deutsche Volk vertrauend und in Ehrfurcht den Mann wählt, der die Verkörperung deutscher Art und Geschichte ist.

Wir wählen Hindenburg!“

\*

Nun geht mal wieder die berühmte Welle der Begeisterung durch Tausende von Frauenherzen. Zur gleichen Stunde, als die Katholikinnen diesen Aufruf erließen, legten nach dem Bericht des „Vorwärts“ die sozialdemokratischen Frauen Berlins ein ebenso begeistertes Bekenntnis zu Hindenburg ab. „Im Namen aller deutschen Frauen“ hat auch im Reichstag schon die sozialdemokratische Abgeordnete Juchacz erklärt, daß die Frau, die keinen neuen Krieg will, ihre Stimme dem Generalfeldmarschall gibt, zu dessen höchstem „Ruhm“ es gehört, daß er bei Tannenberg Hunderttausende in die Sümpfe getrieben hat.

Ach ja, die Sozialdemokratie erinnert sich daran, daß sie vor sieben Jahren nach ihrer Wahlniederlage stöhnend ausrief:

„Die Hindenburgwahl ist eine Altweiberwahl!“

Haben's die alten Weiber schon damals geschafft — wieviel mehr muß es diesmal klappen, wenn sich die sozialdemokratischen alten Weiber beiderlei Geschlechts in diese stolze Front einreihen!

Und doch wird diese Rechnung nicht stimmen. Sie übersieht die Millionen klassenbewußter Proletarierinnen, die nicht in der Altweiberfront stehen, sondern dem Kandidaten der Arbeiterschaft ihre Stimme geben.

## Wie in der guten alten Zeit

Berlin, 4. März 1932.

Der Herr Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, besichtigte heute mittag 12 Uhr 30 auf dem Moabiter Exerzierplatz, wie alljährlich, die Wachtruppe Berlin. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie, Freiherr v. Hammerstein-Equord, und die unmittelbaren Vorgesetzten der Wachtruppe waren bei der Besichtigung anwesend. Nach Abnahme des Vorbeimarsches nahm der Herr Reichspräsident im Offizierheim der Wachtruppe am gemeinsamen Mittagessen teil.

Vor ein paar Tagen zog zum ersten Male wieder die Wache durchs Brandenburger Tor, der Generalfeldmarschall nimmt auf dem Exerzierplatz Parade ab, es ist doch alles so

schön. Wie zu Wilhelms Zeiten! Und da soll der alte Herr nicht wiedergewählt werden?...

## Wer für Thälmann stimmt — dient Hindenburg

Die neueste Entdeckung der „Roten Fahne“

Der Aufruf des Parteivorstandes der SAP, der die Sabotage der Einheitsfront durch die KPD enthüllt, ist der „Roten Fahne“ schwer in die Glieder gefahren. Da sie nichts Sachliches darauf zu erwidern weiß, macht sie es mit der alten Walze von den „Zutreibdiensten“, die wir der Hindenburg-SPD leisten.

Ganz besonders erbost aber ist sie darüber, daß wir durch den ersten Wahlgang durch die Parole für Thälmann wenigstens für den zweiten Wahlgang die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten vorsehen wollen. „Nun ist es heraus!“ ruft die Fahne pathetisch. Was denn eigentlich? Daß „die verbrecherischen Demagogen der SAP ihre Mitglieder als Stimmhüter für einen Kandidaten der Hindenburgtreuen SPD einfangen“ wollen.

Wir stimmen also für Thälmann, weil wir

Hindenburg dienen wollen.

Dieses Kunststück an demagogischer Verdrehung werden selbst die linientreuesten Fahne-Leser nicht begreifen.

Ganz etwas anderes aber „ist heraus“: nämlich daß die KPD schon jetzt alle Minen springen läßt, um auch für den zweiten Wahlgang eine Einheitskandidatur zu verhindern. Indem sie alle anderen proletarischen Gruppen als unehrlich und als Halbfaschisten zu diffamieren trachtet, will sie Stimmung machen gegen ein einheitliches Vorgehen mit ihnen. Die Arbeiterschaft wird sich durch diese demagogischen Winkelzüge nicht verwirren lassen. Sie wird ihre Stimme für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann abgeben, um durch die gewaltige Stimmenzahl, die dieser am 13. März auf sich vereinigen wird, auch den SPD-Arbeitern zu demonstrieren, daß die Stunde für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter reif ist. Diesem Druck wird sich auch die KPD-Zentrale nicht entziehen können, wenn sie sich nicht völlig von den Massen isolieren will. Diese objektiven Erfordernisse des Klassenkampfes lassen sich auch durch die kühnsten Verdrehungen nicht aus der Welt lügen.

## Auch Hamburg öffnet die Bierhähne

TU. Hamburg, 4. März 1932.

Der Zentralverband der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg teilt mit, daß der seit 20 Tagen in Hamburg andauernde und fast restlos durchgeführte Bierboykott bis auf weiteres ausgesetzt wird, um der Reichsregierung und dem Hamburger Senat die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen zu bieten.

Dazu gibt das Gaststättengewerbe der NSDAP-Arbeitgeber bekannt, daß bis zur Beschlußfassung seiner Mitglieder der Streik fortgesetzt wird.

es fehlt den meisten Waren noch die „Kosmetik“.

Oft sieht man Lastautos mit neuen Waren kolonnenweise durch die Straßen fahren mit Fahnen, Transparenten, die verkünden, daß die betreffende Fabrik die Produktion eröffnet hat. Alle Läden sind brechend voll. Es besteht ein ungeheurer Warenhunger.

Es gibt keinen Luxus, und vieles fehlt, was wir für unentbehrlich halten. Aber es gibt Brot und Nahrung genug für die Schaffenden. Das Volk lebt einfach, aber es wird satt. Brot wird rationiert wie alle wichtigsten Nahrungsmittel zum Zwecke planmäßiger Verteilung und Kontrolle.

Arbeit ist gesellschaftliche Pflicht, wozu aber durchaus nicht gezwungen wird. Wer sich der Arbeit entzieht, wer faulenzet, bettelt oder stiehlt, hat keinen Anspruch auf Unterhaltung und leidet Not.

Es gibt keinen Sonntag. Aber jeder Tag ist Alltag und Sonntag zugleich. Man arbeitet vier Tage. Täglich sechs bis acht Stunden je nach der Schwere der Arbeit. Jeder fünfte Tag ist Feiertag für je ein Fünftel der Bevölkerung, morgen für das nächste Fünftel und so fort. Durch diese Einteilung wird erzielt: Ununterbrochener Fortlauf der Produktion, also Produktionssteigerung, ununterbrochener Konsum, also Konsumssteigerung an materiellen und ideellen Gütern. Gleichmäßige Inanspruchnahme der Konsum- und Kooperativen, der Theater, Museen, Klubs, Sportplätze und Ausflugsplätze, der Verkehrs- und Transportmittel.

Es gibt keine sonntäglichen, unberechenbaren Verkehrsüberlastungen, nur — tägliche in Moskau! Die einmal lawinenartig in Bewegung geratenen Massen sind kaum zu bewältigen, kaum „umzuschlagen“. Neben der Wohnungsfrage ist das Verkehrswesen das schwierigste Problem. Fast eine Katastrophe, wenn nicht der Gleichmut und verständnisvolle Opferbereitschaft der Russen ausgleichend wirkt.

Es gibt Millionen neuer Bücher, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen in unvorstellbaren Massenaufgaben, Tausende von Verkaufs-

## Englisch-deutscher Zollkampf?

London, 4. März 1932.

Mittwoch nachmittag ging im Unterhaus der Schatzkanzler Neville Chamberlain auf die deutsche Kohleneinfuhrbeschränkung ein. Hierbei hatte er betont, daß diese deutschen Maßnahmen auf eine unterschiedliche Behandlung der englischen Kohle hinausliefen. Die englische Regierung könne die Folgen dieser Maßnahmen für die englische Industrie nicht unbeachtet lassen. Diese Erklärung Chamberlains wird in der Londoner Presse mit großem Beifall aufgenommen. „Daily Telegraph“ stellt fest, daß die deutschen Maßnahmen Sondermaßnahmen gegen England seien. Frankreich gegenüber habe die englische Regierung Erfolg gehabt. „Daily Mail“ fordert Anwendung der Bestimmungen über Wiedervergeltungsmaßnahmen, die im Zollgesetz enthalten seien. Auch „Daily Express“ weist auf diese Möglichkeiten hin.

## Malta „beruhigt“

Das Kabinett Strickland ist nach Empfang der amtlichen Mitteilung, daß die Verfassung wieder in Kraft gesetzt werden soll, zurückgetreten. — Die englische Regierung hat dem Vorschlag zugestimmt, daß in den Elementarschulen außer der Malteser Sprache nur noch die englische Sprache gelehrt werden soll. Die einzige Empfehlung, die nicht angenommen wurde, ist diejenige, die die Besetzung der Richterstellen nur den Maltesern vorbehalten wollte.

## Regierungsverbreiterung in Dänemark

Kopenhagen, 4. März 1932.

Zufolge „Dagens Nyheter“ plant die Regierung Stauning, die sich aus Sozialdemokraten und Bürgerlich-Radikalen zusammensetzt, wie ein Mitglied der Oppositionsparteien, also der Konservativen und der Venstre, als Kontrollminister ins Kabinett aufzunehmen, um die notwendigen Steuermaßnahmen durchzuführen. Amtlich ist diese Meldung bisher noch nicht bestätigt worden. Wie es heißt, braucht die Regierung Steuerbewilligungen in Höhe von 60 Millionen Kronen.

Litwinoff nach Moskau zurückgekehrt. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinoff, ist, aus Genf kommend, am Donnerstag in Moskau eingetroffen.

Briand tritt wieder auf. Der ehemalige französische Außenminister Briand ist in aller Stille von seinem Landsitz Cocherel nach Paris zurückgekehrt und hat seine Privatwohnung in der Nähe des Bois de Boulogne bezogen. Briand hat sich während seines mehrtägigen Aufenthaltes in der Normandie gut erholt und wird in Zukunft wieder in Paris wohnen.

Pariser Kundgebung gegen deutschen Antisemitismus. In dieser Woche hat in Paris unter dem Leitsatz: „Rettet die deutschen Juden vor der deutschen Hitlergefahr“ eine große Kundgebung der „Internationalen Liga gegen den Antisemitismus“ stattgefunden. Wie aus dem Programm hervorgeht, traten dabei 12 Franzosen (darunter die Kammerabgeordneten Renaudel und Chabron) sowie ein nicht namentlich genannter Vertreter der deutschen „Eisernen Front“ als Redner auf.

# Moskau

Von Rudolf Werner

Copyright by Gustav Kiepenheuer Verlag.

### 3. Fortsetzung

Ich stolche durch die Stadt. Stop! Das ist typisch, halt das fest: eine Kollektiv-Schusterei. Die Moskauer Schuster haben sich partei, Dr. Gaspari. Die Nazis behielten sich zusammengeschlossen zur Kollektivarbeit. Früher haben sie individuell geschustert, im freien Wettbewerb sich gegenseitig Konkurrenz gemacht und unterboten und kaputtgemacht, jeder für sich mit all dem vielen Aufwand und Klüngel, haben geschustert vom Morgengrauen bis spät in die Nacht und sind dennoch, wie bei uns, nie auf einen grünen Zweig gekommen und der Lebensfreude teilhaftig geworden. Jetzt haben sie ihren Einzel-Klüngel zusammengeworfen. Da sitzen sie hinter der Ladenscheibe und schustern vereint.

Ich stehe kritisch vor dem Laden. Anja, die mich begleitet, führt mich ein. Ich höre Radiomusik. Sie schustern mit Musik! Ich frage, Anja übersetzt. Sämtliche Schuster, wie auch Friseur, Uhrmacher usw. sind kollektiv zusammengeschlossen, arbeiten täglich 8 Stunden, jeder fünfte Tag ist frei. Sie kaufen gemeinsam Material und Maschinen, verteilen Arbeit und Ertrag, erzählen mir, daß sie demnächst einen Neubau beziehen werden mit Flachdach, Glasterrasse und Garten. Sie haben kühne Pläne. Projekte, die uns verrückt vorkommen.

Aber: Haben Sie schon einmal einen glücklichen, ausgerichteten Schuster gesehen? Ich habe ihn entdeckt — einst in Paris, wo alle

Schuster angeln gehn zur Angelzeit, und hier in Moskau.

Was es in Moskau gibt — und was es nicht gibt:

(— Ich schließe dabei die Hotels aus, da gibt es alles. —)

Es gibt keine Bäume. Ich sah nicht einen. Böse Zungen behaupten, Bäume führen Auto. Es gibt Tausende von neuen Witzten und Satyren, die von Mund zu Mund gehen und sich mit den Mängeln und Mißständen der Sowjets befassen. Sie gehen schonungslos gegen sich selbst vor, grundehrlich sich selbst gegenüber, nennen das „bolshewistische Selbstkritik.“

Es gibt keine Arbeitslosen, keine Müßiggänger und Flaneure. Es gibt keine eleganten Frauen, keine Puppen. Doch: zuweilen taucht einmal eine westeuropäisch-elegante Frau plötzlich auf aus der Masse. Aber die elegante Frau gilt nichts, wenn sie nur elegant ist. Sie muß schon etwas mehr sein, um Achtung und Geltung zu haben. Sie braucht nicht gerade eine Kolontay zu sein, jedenfalls muß sie aber Leistungen aufweisen können. Viel mehr als die eleganteste Puppe ist die Arbeiterin, die ihre Maschine beherrscht, ihren Traktor steuert, ihr Gehirn entwickelt und lernt...

Was sofort auffällt: Alle sprechen immer nur von „unserem Werk“, „unserem Haus“, „unserem“ Klub, „unserer“ Pjatiletka (Fünfjahresplan). Sie sprechen von allem als dem ihrigen.

Es gibt überall Kooperativen, Stolowajas, „Mahlzeitenfabriken“, in welchen man außerordentlich billig und teuer speisen kann.

Es gibt Läden zu Tausenden an allen Ecken und Enden, ganze Straßenzüge mit Läden, z. B. in der Tverskaja und Petrowka, meist Filialen großer sozialistischer Trusts.

Fast täglich kommen neue Waren auf den Markt, auf die man bisher verzichten mußte, weil sie nicht eingeführt bzw. noch nicht im Lande produziert werden. Fast täglich eröffnen neue Fabriken ihre Produktion. Aber

# Abrüstung durch Weltrevolution!

## Eine mächtige Kundgebung des Schweizer Proletariats

Genf, 3. März 1932.

Bei einer großen Abrüstungskundgebung des Proletariats, die von 2500 Personen besucht war, sprach die Genossin

### Gertrud Düby

Sie erinnerte daran, daß der Kapitalismus stets aus unentwirrbaren Situationen sich zu befreien sucht durch die Auslösung eines Krieges. Genau in dem Augenblick, wo der Krieg dicht vor dem Ausbruch steht, häufen die Regierungschefs ihre Friedenskundgebungen und täuschen damit die zu naiven Massen. Diese Kundgebungen sind aber nur die Kulissen, hinter denen man letzte Hand an die Vorbereitungen zu neuen Schlägereien legt.

Dem Krieg von 1914 ging sinnloses Friedensgeschwätz voraus.

Man erinnert sich vielleicht noch des Riesenslams um die große internationale pazifistische Versammlung in der Kathedrale von Basel. Die Wirkung ist bekannt. Zwei Jahre später brach der grausamste Krieg aus, der jemals die Erde mit Blut befleckt hat.

Dieser Krieg entfesselte den abscheulichsten Nationalismus und Chauvinismus nicht nur in der bürgerlichen Klasse, sondern auch bei den Arbeitern, die sich Sozialisten nannten, die doch gelernt hatten, daß der Arbeiter nur einen Feind hat — den Kapitalismus, der ihn ausbeutet. Der Verrat der sogenannten Führer der Arbeiterklasse wird die Schande des Sozialismus bleiben. Das Bewußtsein des Proletariats wurde durch den kriegerischen Patriotismus korrumpiert.

Heute wiederholt sich die Komödie von vor 1914. Man hat nur das Orchester verstärkt.

Auf den Sockel der Verträge, die feierlich von allen Staaten unterzeichnet wurden, hat man den Kellogg-Pakt gesetzt, der den Krieg ächtet. Mit einem Riesenaufwand von Propaganda hat man eine Abrüstungskonferenz zusammengeschrieben, die in dem Augenblick eröffnet wird, wo im Fernen Osten schon der Krieg tobt!

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen kam die Genossin Düby auch auf

### die Verhältnisse in Deutschland

zu sprechen: In einem großen Lande, der Wiege des Sozialismus, Deutschland, glauben die Führer des Sozialismus heute, daß es ihre Aufgabe sei, die Aerzte des Kapitalismus zu sein. Sie verschwenden an ihn ihre Ratschläge und ihre Medizin, obwohl er doch bereits dem Tode geweiht ist. Die sozialistischen Führer sprechen vom Staat und begreifen nicht,

daß es sich um einen Klassenstaat handelt, um einen Staat, der den Feind der Arbeitermassen ist. Sie haben einen unbegrenzten Respekt vor einer Legalität, die doch nur die Legalität der ausbeutenden Klasse ist und die sich gegen die ausgebeutete Klasse richtet. Sie verteidigen diesen Staat und werden morgen bereit sein, ihn mit den Waffen zu verteidigen, ganz wie 1914. Die Unglücklichen denken nicht mehr an das, was der Weltkrieg sie gelehrt hat. Sie haben noch nicht begriffen, daß nach jeder Kriegskatastrophe es nur einen Besiegten gibt — den gleichen in allen Ländern — das Proletariat.

Gegen den bürgerlichen Staat muß die Arbeiterklasse zu allen Opfern bereit sein. Die Sozialisten dürfen die Waffen nicht zurückweisen, die ihnen die Bourgeoisie in die Hand gibt, wenn sie die Arbeiter in die nationale Armee einreißt.

Diese Waffen muß man behalten und sich darauf vorbereiten, sie gegen die verbrecherischen Regierungen und die den Krieg vorbereitende kapitalistische Klasse zu wenden.

Die Bourgeoisie selbst beginnt zu begreifen, daß es so kommen wird. Sie weiß, daß ihre Freveltaten sich notwendig und unvermeidlich gegen sie selbst richten müssen. Sie fürchtet die Revolution.

Die Revolution ist die heilige und historische Pflicht der Arbeiterklasse.

Zum Unglück haben die Führer der Arbeiterklasse Verzicht geleistet auf die Waffe der Revolution, die allein den Frieden zwischen den Völkern schaffen kann, den Frieden auf der Grundlage der

Gerechtigkeit, die sich frei machen wird von der Unterdrückung der Klassen. Der große August Bebel hat gesagt: „Ich hasse die ausbeutende Bourgeoisie“. Nach dem Kriege hat ein anderer „sozialistischer“ Führer, der erste Präsident der deutschen Republik, erklärt: „Ich hasse die Revolution, ich halte sie für die große Sünde des deutschen Proletariats gegen das Reich im Jahre 1918.“

Man muß sich an Bebel erinnern und Ebert vergessen.

Die Revolution ist der Weg zur Befreiung, einen anderen gibt es nicht!

Anknüpfend an ein Buch gegen Sowjet-Rußland, das kürzlich veröffentlicht wurde, zeigt Genossin Düby, daß hinter dem japanischen Angriff

der Kapitalismus aller Staaten steht, der ein Ende machen möchte mit dem ersten Staat, in dem der Sozialismus aufgebaut wird.

Die Pflicht der Arbeiter aller Länder ist es, dieses große Land zu verteidigen. Die Bourgeoisie muß wissen, daß der Tag, wo sie ihre verbrecherische Hand gegen das Rußland der Sowjets erhebt, der Tag des Ausbruchs der Weltrevolution sein wird.

Die Einheit der Arbeiterklasse wird nicht geschaffen am grünen Tisch, in einem Sitzungszimmer, von wo nur Elend für das Arbeitervolk kommen kann, sondern in der Verteidigung und im Angriff, um die Errungenschaften der russischen Revolution zu sichern.

Die Rede der Genossin Düby wurde oft durch Beifall unterbrochen. Der Genossin Düby wurde zum Schluß eine begeisterte Ovation dargebracht.

\*

Hierauf sprach Genosse

### Jean Zyromski (Frankreich)

Aus seinen Ausführungen seien die folgenden bemerkenswerten Stellen wiedergegeben.

Die kapitalistischen Regierungen wissen gut, daß in Wirklichkeit die Abrüstungskonferenz für sie nur einen Sinn hat, den Nachbarn zu schwächen.

England fürchtet die Unterseeboote, die seine maritime Vorherrschaft bedrohen; also fordert es in Genf die Unterdrückung des Unterseeboot-Krieges. Frankreich hat eine dreifache Armee von Berufssoldaten, Miliz und Kolonialsoldaten. Es fordert, daß ihm diese Armee

gelassen werde und will nicht von Abrüstung sprechen, bevor ihm seine Sicherheit nicht garantiert würde. Diese Sicherheit sieht Frankreich nur in seiner Bewaffnung. Mit anderen Worten: Frankreich will seine Sicherheit verstärken durch die Abrüstung der anderen und sieht eine Schwächung dieser Sicherheit in einer eigenen Abrüstung.

Frankreich will seine Bewaffnung intakt halten,

weil es die ungerechten Verträge, die den Besiegten nach 1918 aufgezwungen wurden, aufrecht erhalten will. Hier erklärt Zyromski mit starkem Nachdruck, daß der internationale Sozialismus die Gültigkeit dieser Verträge, die er niemals unterzeichnet hat, niemals anerkennen werde.

### Zuerst Abrüstung!

Was wir wollen, sagt Zyromski, ist zuerst Abrüstung als Voraussetzung der Sicherheit. Wenn die Abrüstung gleich nach dem Kriege begonnen hätte, so wie man es den Völkern versprochen hatte, würden wir nicht dem Angriff Japans auf China gegenüberstehen. Der Völkerbund ist ohnmächtig, weil er seinen Mitgliedern

die Freiheit gelassen hat, ihre Bewaffnung zu verstärken,

die ihnen gestattet, Angriffskriege zu unternehmen. Uebrigens, wer ist denn dieser Völkerbund? Doch nichts anderes als eine Liga kapitalistischer Regierungen! Der Völkerbund oder die Föderation der Völker wird erst wirklich werden an dem Tage, wo die Arbeitermassen die kapitalistischen Regierungen aller Länder davongejagt haben.

### Der Vorschlag Tardieu

Der Vertreter Frankreichs in Genf, so sagte Zyromski weiter, möchte den nationalen Armeen eine internationale Armee hinzufügen. Die Rolle dieser Armee würde einmal sein, die Aufrechterhaltung der Verträge zu bewachen, welche die Ursache der furchtbaren nationalistischen Woge sind, die die Welt heute überflutet. Außerdem würde die internationale Armee den Zweck haben die kapitalistische Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Arbeiterklasse muß einstimmig diesen monströsen Vorschlag zurückweisen. Zyromski erklärt, daß dies die einmütige Meinung des französischen Sozialismus ist. Keine internationale Armee, die

den unerträglichen Lasten der nationalen Bewaffnung neue hinzufügt, sondern die Abrüstung durch den Sturz der Regierungen und des kapitalistischen Regimes!

### Die Armeelieferanten

Es ist Wahnsinn, an den guten Willen des Pazifismus zu glauben. Das wäre eine zu zerbrechliche Schranke vor der Profitgier der großen Kriegslieferanten. Diese Gesellschaft hat die Presse in ihrer Hand und mit der Presse die öffentliche Meinung. Zu jeder Zeit sind sie fähig, um ihre Reichtümer zu vermehren, den Nationalismus und Chauvinismus zu provozieren, aus dem der Funke zu einem neuen Kriege entspringt. Das Arbeitervolk kann nur auf sich selbst zählen.

Wie Gertrud Düby fordert Zyromski die Arbeiter auf, in jedem Falle die Rolle von Erhalten des bürgerlichen Staates abzulehnen, eine Rolle, die die bürgerlichen Parteien die Arbeiter gern spielen lassen möchten.

Man darf den Klassenstaat nicht erhalten, man muß ihn zerstören!

In packenden Schlußworten zeigte Zyromski das Elend, das auf den Arbeitermassen aller Länder lastet. Er appelliert an die Arbeiter, sie mögen begreifen, daß die Stunde der Opfer für ein Regime, das sie ausbeutet, vorbei ist und daß jetzt die große Epoche der Opfer für den Sozialismus beginne

Auch Zyromski wurde dauernd von langanhaltendem Beifall unterbrochen.

### Eine Resolution

die von der Versammlung fast einstimmig angenommen wurde, protestiert u. a. gegen den Mordimperialismus im Fernen Osten und sagt zum Schluß:

„Die Versammlung beglückwünscht die Sowjet-Delegation zu den gerechten Ideen, die ihr Führer Litwinow auf der Abrüstungskonferenz zum Ausdruck brachte, und zu der wahrhaft menschlichen Haltung, die Sowjet-Rußland im Fernen Osten zeigt. Die Haltung der Sowjet-Delegation in Genf und der Wille zur Friedensarbeit, den die Arbeiter- und Bauernmassen in Rußland beweisen, lassen für nahe Zukunft eine Vereinigung aller internationalen Arbeiterkräfte erhoffen zur Verwirklichung des Friedens durch Abrüstung. Vorher müssen die kapitalistischen Plutokratien gestürzt werden!“

## Mario Corsi—alias Herr Innwinkl

Die SAZ konnte vor einiger Zeit den „antifaschistischen Kampf“ der SPD durch die interessante Enthüllung beleuchten, daß der Mann mit dem klangvollen italienischen Namen, Mario Corsi

der als leibhaftiges italienisches Reklameroß der SPD in ganz Deutschland den furchtbaren Faschismus schildert, damit die deutschen Arbeiter die Lohnkürzung nicht merken, daß also Mario Corsi gar nicht Mario Corsi heißt, sondern höchst prosaisch „Herr Innwinkl“. Und daß das arme Opfer schrankenloser faschistischer Willkür im Besitz eines faschistischen Passes ist, ausgestellt vom faschistischen Generalkonsulat in München.

\*

Darauf überschlägt sich die republikanische Presse beinahe. Herr Innwinkl seinen „Schriftstellernamen“ benützt — denn er ist ein Opfer faschistischer Willkür, der sich nicht verraten darf. Zugleich empfindet man, daß man etwas gegen die Enthüllungen brachte und fragte in der SPD-Presse in bodenlos gemeiner Weise, ob „die Herren in der SAZ bereits im Besitz der Moskauer Diplomatenpässe“ seien. Das nennt man noch mal einen politischen und sachlichen Kampf!

Immerhin wird die Arbeiterschaft in diesem krampfhaften SPD-Getöse noch Zeit finden, sich einiges zu überlegen:

Entweder Corsi ist wirklich Emigrant und ein „faschistisches Opfer“ — wieso kommt er dann zu einem Paß des faschistischen Konsulats? Und warum ist er in Deutschland „gezwungen, seinen Schriftstellernamen „Mario Corsi“ zu verwenden? Er könnte sich trotz aller Emigration doch wenigstens in Deutschland beim richtigen Namen nennen?

Aber hier liegt der Reklamehase der SPD im Pfeffer. Ein gewöhnlicher Herr Innwinkl aus Südtirol, mit einem italienischen Paß in der Tasche — aus Italien herausgereist — der lockt niemand vom Ofen.

Aber „Mario Corsi“, als „Opfer faschistischer Willkür“ tragisch maskiert —, das zieht wie Oskar.

Und deshalb ist die SPD so wütend über die geplatzte italienische Romanze, denn nunmehr merken auch die SPD-Arbeiter, daß hier etwas faul ist im Staate Innwinkl... Und diese Feststellung wird mit allen Gemeinheiten nicht totgebrüllt.

### Grippeepidemie in Breslau

Breslau, 4. März 1932.

In Breslau häufen sich in den letzten Tagen die Grippefälle in erschreckendem Umfang. Besonders stark sind die Einwirkungen auf das Breslauer Schulwesen. Der Pro-

zentsatz der erkrankten Kinder ist in vielen Klassen so stark, daß der Unterricht überhaupt ausfallen muß. Mehr als zehn Volksschulen sind davon betroffen. In zwei Fällen mußten nicht nur die Klassen, sondern die ganze Schule geschlossen werden. In manchen Klassen sind mehr als die Hälfte der Schüler

erkrankt. Auch bei den Krankenkassen war in den letzten Tagen ein starker Andrang zu verzeichnen. Unter dem Personal des Stadttheaters sind so viele Erkrankungen eingetreten, daß die Aufrechterhaltung des Spielplanes außerordentliche Schwierigkeiten mit-

### Braune Mordpest an der Arbeit

In Oberhausen kam es nach Schluß einer sozialistischen Wahlversammlung zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten.

Dabei stieß ein Hakenkreuzler einem Reichsbannerarbeiter ein Messer in den Unterleib, so daß der Arbeiter vor Schmerzen brüllend zusammenbrach. Ob er mit dem Leben davonkommt, steht nicht fest.

\*

„An deutschem Wesen soll noch einmal die Welt genesen.“ (NSDAP-Abgeordneter Schemm am selben Tage im Berliner Sportpalast.)

### Brunk wählt Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg hat beim siebenten Sohn des Arbeiters Brunk in Friedland in der Mark die Ehrenpatenschaft übernommen. Dem Vater wurde ein Ehrengeschenk von 20 Mark überwiesen.

Davon wird er das Kind nicht lange füttern können.

### Sensation um Lindberghs Baby

Oberst Lindbergh hat inzwischen bekanntgegeben, daß er Verhandlungen mit den Entführern aufgenommen hat und daß die Rückkehr des Kindes unmittelbar bevorstehe.

# Die Front geschlossen!

Unterbezirk Charlottenburg der KPD in roter Einheitsfront — Die Arbeiter wollen die rote Einheit!

Am Donnerstag wurde in Charlottenburg die erste Wahlversammlung für Thälmann abgehalten. Ihre Einberufer waren die SAP und KPD-O. In Anbetracht der Tatsache, daß an dem gleichen Abend noch fünf andere Versammlungen stattfanden, war der Besuch gut. Aber es wäre zu wünschen gewesen, daß an dieser Veranstaltung das gesamte Berliner Proletariat teilgenommen hätte. Denn dieser Abend gewann eine Bedeutung, die weit über den Rahmen einer bloßen Wahlversammlung hinausreicht.

Dieser Abend wurde zum Signal für das Berliner Proletariat — und kann zum Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte des Berliner Proletariats werden.

Genosse Siewers (KPD-O) hielt das einleitende Referat. Mit kurzen, klaren Strichen zeichnete er die Rolle Hindenburgs, Hitlers und Duesterbergs als Vertreter des Kapitals, denen der Kandidat des Proletariats, Thälmann, gegenübersteht. Genosse Siewers zeigte weiter auf, daß der gegenwärtige Wahlkampf bereits ein Teil des Kampfes um die Macht ist, aus dem sich unter bestimmten Voraussetzungen der allgemeine und bewaffnete Kampf um die Macht entwickeln kann. Selbstverständlich wurde wieder die gebührende Kritik der SPD und ihrer „Eisernen Front“ vergessen, noch die ebenso notwendige Auseinandersetzung mit dem ultralinken Kurs der KPD.

Nach dem Genossen Siewers sprach unser Genosse Ziege. Ausgehend von der Zerrissenheit des Proletariats, die die entscheidende Ursache für das Vordringen des Faschismus ist, schilderte er kurz die Bemühungen der SAP, insbesondere unserer Charlottenburger Genossen um die Einheitsfront. Alle Bemühungen waren bisher vergeblich, weil die KPD an ihrer ultralinken Forderung „nur unter Führung der KPD“ festhielt. Das war bis gestern,

heute aber, am Tage der Thälmann-Versammlung — konnte Genosse Ziege verkünden — hat die KPD ihre ultralinken Forderung fallengelassen!

Damit ist die Forderung gefallen, welche eine praktische Zusammenarbeit bisher von vorn-



Wenn Diskussionen sich entspinnen dann stehst du da und bist blamiert. Du kannst die Gegner nicht gewinnen weil jeder Knirps dich „überfüllt“!

Willst du die Lage übersehen und wissen, wie es vorwärts geht, und wissen, wie die Gegner stehen:

Genosse! Lies die „SAZ“!

Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ ist die Waffe der Werktätigen

herein unmöglich machte. Und als Genosse Ziege dann noch bekanntgeben konnte, daß zwei Genossen der KPD im Auftrage der UBL-Nordwest anwesend wären, um die Mitteilung unseres Genossen zu bestätigen und zu bekräftigen,

da brach ein tosender Beifall los. Man fühlte und sah die ehrliche Freude jedes einzelnen.

Unmittelbar nach dem Genossen Ziege verlas der Genosse Schidzik (KPD), der großen Anteil an dem endlichen Zustandekommen der roten Einheitsfront hat, die Resolution, die dann von dem Genossen Hans B. im Auftrage der UBL-Nordwest der KPD begründet und von der Versammlung als Grundlage der Einheitsfront einstimmig angenommen wurde.

Nach dem Genossen Hans B. begann der Reigen der Diskussionsredner, die alle ihrer Freude über das endliche Zustandekommen der roten Einheitsfront in Charlottenburg Ausdruck verliehen —

vor allem der KPD-Genosse Jacobsen, der seiner UBL für das Aufgeben ihrer ultralinken Forderung und der SAP für ihre unermüdeten Bemühungen dankte.

Nur ein Quengler war unter den Diskussionsrednern, ein KPD-Genosse, der den neuen Kurs noch nicht begreifen konnte und darum ungeduldig diskutierte. Seine eigenen Parteigenossen rebellierten gegen ihn und protestierten, als er die Redezeit überschritt. Erst als unsere Genossen erklärten, ein einzelner Außenseiter könne die Einheitsfront nicht stören, gaben sich die KPD-Genossen zufrieden, daß ihrem Genossen die Redezeit stillschweigend verlängert wurde.

Dieses Verhalten der KPD-Genossen beweist, daß auch bei ihnen der Wille zur Einheitsfront stark und ehrlich ist, und daß da, wo dieser Wille noch nicht zur Tat werden konnte, die Schuld daran die KPD-Bürokratie trifft.

Das Zustandekommen der roten Einheitsfront in Charlottenburg ist ein starker moralischer und politischer Erfolg der SAP. Die unermüdetliche Arbeit, die unerschütterliche Geduld unserer Charlottenburger Genossen gewann ihnen das Vertrauen der KPD-Genossen.

Mit ihrer Hilfe wurde der Kampf gegen eine der ultralinken Bürokratien fortgesetzt und erfolgreich beendet. Unter dem Druck der SAP beginnt die KPD ihren ultralinken Kurs zu korrigieren. Der politische Einfluß der SAP wächst. Dieses Wachstum muß gefördert werden. Wir müssen mit verdoppelter Kraft nachstoßen. Der Charlottenburger Erfolg muß an anderen, an vielen Stellen wiederholt, verbreitert und vertieft werden. Die ultralinken

Kinderkrankheit muß ausgerottet werden, denn wir brauchen eine gesunde kommunistische Partei. Nur mit ihrer Hilfe kann der Reformismus vernichtet, und der Kampf um die Macht mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Charlottenburg muß zum Signal werden für ganz Berlin, für das ganze Reich. Nachmachen! heißt die Parole!

## SAP-Arbeiter gegen Bürokratenfrechheit „Rote Fahne“-Angestellte beschimpfen die Arbeiterschaft

Trotzdem die SAP beschlossen hat, für die Kandidatur des KPD-Kandidaten Ernst Thälmann zu stimmen, kann es sich die „Rote Fahne“ nicht verkneifen, den ehrlichen Willen der SAP-Proleten immer wieder durch Anwürfe niedrigster Art zu besudeln.

In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Neukölln, die in den Bürgersälen tagte und überaus stark besucht war, wurde folgende Protestresolution einstimmig angenommen:

„Die am 3. März tagende Mitgliederversammlung der SAP Ortsgruppe Neukölln erhebt flammenden Protest gegen die unproletarische, gehässige, nicht zur Sammlung der proletarischen Klassenfront beitragende, nur dem Klassengegner nützende Schreibweise der „Roten Fahne“. Ganz besonders verbittert die SAP-Arbeiter die Notiz der „Roten Fahne“ vom 3. d. M., worin besonders betont wird, daß der Vorstand der SAP Zurechtdienste für die Hindenburg-SPD leistet und alles versucht, Streikbrucharbeit für die Gewerkschaftsführer zu leisten und gemeinsame Kampfkaktionen in den Arbeitervierteln zu verhindern. Gegen diese, nicht den Tatsachen entsprechende Schreibweise der „Roten Fahne“ erheben die Neuköllner SAP-Arbeiter den schärfsten Protest.

Im Gegensatz zu diesem unproletarischen Vorgehen verpflichten sich die SAP-Arbeiter trotzdem, für den von der KPD aufgestellten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu werben und zu stimmen.“

Die SAP-Arbeiter haben wiederholt gegen das Verbot der „Roten Fahne“ protestiert. Was war die Antwort der „Roten Fahne“? Schmähungen gegen die SAP-Genossen, die

man als „zusammengelaufenen Haufen“ bezeichnete.

Wir ersuchen alle Klassenbewußten KPD-Genossen, dahin zu wirken, daß die schmutzige journalistische Hetze der „Roten Fahne“-Angestellten gegen die SAP-Arbeiterschaft ein Ende nimmt.

Die kommunistischen Genossen haben das Recht, sachliche politische Kritik in Versammlungen und in der Presse an der SAP zu üben. Die Schreibweise der „Roten Fahne“ zielt jedoch nicht auf eine sachliche Kritik an der SAP ab, sondern auf eine Beschimpfung der SAP-Proleten. Zehntausende von ehrlichen Proletariern werden täglich durch einige jüngere Redaktionsangestellte der „Roten Fahne“ als „Sumpfparteiler“, als „Zutreiber der Wels & Co.“ bezeichnet und mit Beschimpfungen belegt, die nicht der Wahrheit entsprechen.

Die SAP hat die Forderung gemeinsamen Kampfes wiederholt an die Führung und an die Arbeiterschaft der KPD gerichtet. Immer wieder hat die KPD-Bürokratie mit Beschimpfungen geantwortet und praktische gemeinsame Aktionen sabotiert und verhindert. Die Arbeiterschaft der SAP hat ihren Willen zum revolutionären Kampf bewiesen. Sie fordert alle Klassenbewußten KPD-Genossen auf, die unproletarische Sabotage der roten Klassenfront durch einzelne Funktionäre, Partei- und Presseangestellte der KPD zu verhindern!

Für die Arbeiterfront gegen den Faschismus! Für rote Klasseneinheit!

## Die Klassenfront im roten Neukölln

Das Antifaschistische Kartell Neukölln veranstaltete eine öffentliche Versammlung in der Berliner Kindbrauerei.

Zu dem Thema „Proletarische Einheitsfront“ sprachen von der SAP Genosse Zweiling, von der KPD-O Genosse Beck, vom Leninbund Genosse Urbans.

Der überfüllte Saal folgte den Ausführungen des Genossen Zweiling mit großem Interesse. Minutenlang Beifall bewies, daß man unserem Standpunkt, die Klassenfront gegen den Faschismus zu bilden, immer mehr Verständnis aus den Arbeiterreihen entgegenbringt. Auch den Ausführungen des Genossen Beck von der KPD-O ließ man ein williges Ohr.

In der Diskussion sprachen die Vertreter von 11 verschiedenen Organisationen, die sich alle eindeutig auf den Boden der Bildung der Klassenfront stellten.

Die einzigen Ausnahmen machten wie üblich ein Vertreter der SPD, der zwar die Klassenfront betonte, aber zunächst durch seine Parteibrille die sogenannte „Eiserne Front“ als Klassenfront ansieht, sowie der Vertreter der KPD, der mit den üblichen Phrasen operierte, indem er im Gegensatz zu dem SPD-Redner die Rote Einheitsfront nur unter Führung der KPD als die Klassenfront ansah. Die Ausführungen beider Redner lösten bei den Versammlungsbesuchern ein heiteres Lächeln aus.

Das Schlußwort hielt Genosse Urbans, der noch einmal den Standpunkt des Kartells außerordentlich klar darlegte. Auch die Ausführungen des Genossen Urbans wurden von der Versammlung mit starkem Beifall quittiert.

Eine Resolution, die die Klassenfront im Kampf gegen den Faschismus sowie Kampf gegen Notverordnungen, Lohnraub und Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterklasse fordert, wurde einstimmig angenommen.

Der Erfolg dieser Versammlung ist um so höher zu bewerten, als sie im sogenannten Barrikadenviertel von Neukölln stattfand und man eindeutig feststellen konnte, daß sämtliche Versammlungsbesucher vorbildliche proletarische Disziplin übten. Es wäre zu wünschen, daß alle künftigen Versammlungen sich in einem solchen Rahmen abspielen, denn die Arbeiterschaft muß sich endlich klar darüber sein, daß man in der heutigen Situation die Meinungen sachlich austauscht. Als Proleten können wir uns heute nicht mehr den Luxus gestatten, uns gegenseitig Versammlungen zu demolieren, denn der lachende Dritte dabei ist nur der Faschismus.

rüstung, worauf die Bürokraten am Vorstandstisch einfach

die Versammlung auflösten!

Genossen! Die Fortsetzung der Versammlung findet nunmehr am kommenden Montag an gleicher Stelle, im Sitzungssaal des Verbandshauses statt!

Wir fordern alle oppositionellen Kollegen auf, restlos zu dieser Versammlung zu kommen! Die organisierten Kollegen verlangen, daß die gesamten Anträge von neuem zur Abstimmung gestellt werden. Die unerhörten Machenschaften der DMV-Bürokratie müssen eine schnelle und gründliche Revision erfahren!

Wir sind der Auffassung, daß die Mehrzahl der Kollegen sachlich mit uns vollständig übereinstimmt und werden unseren Standpunkt ebenfalls mit größter Sachlichkeit vertreten.

Deshaß: alle erwachsenen DMV-Kollegen am Montag vormittag 10 Uhr nach dem Verbandshaus!

## Arbeitslose Metallarbeiter!

Die Wahlkörpersammlung der Eisenkonstruktions-, Auto-, Maschinen-, Bau-, Schwarzblech- und Karosserieschlosser,

die am vergangenen Mittwoch im Sitzungssaal des Verbandshauses in der Linienstraße abgehalten wurde, ist bei der Behandlung der Anträge zur Generalversammlung durch die DMV-Bürokratie aufgelöst worden.

Die versammelten Kollegen hatten den Antrag 2 der Antragsliste mit 68 zu 66 Stimmen angenommen, bei der Auszählung wurde jedoch von der Verwaltungsbürokratie das Ergebnis mit 66 zu 66 Stimmen, also abgelehnt,

verkündet. Gegen diese offene Schiebung der Verwaltungsbürokratie erhob sich unter den versammelten Genossen ein Sturm der Ent-

## Arbeitslose, fotografiert!

Volks-Gemeinschaft durch Fotografie

Der Gau Brandenburg im Verband Deutscher Amateurfotografenvereine veranstaltet im „Haus der Juryfreien“ eine Ausstellung bildmäßiger, wissenschaftlicher und Heimfotografie. Da jeder angeschlossene Verein für sich ausstellt, bekommt man alles schön durcheinander serviert.

Die bildmäßige und die Heimfotografie umfassen alles, was brave Kleinbürger für wichtig halten, angefangen vom schlummern den Kätzchen bis zur „stolz wehenden Fahne“. Verträumte Seewinkel, Schlösser, Kirchen und Brücken haben es den Leuten besonders angetan. Die wenigen Bilder, die uns etwas zu sagen hätten, erhalten Unterschriften, welche die Tendenz abschwächen, statt zu steigern.

Die wissenschaftlichen Fotografien erwecken den Eindruck, als wären sie fast ausschließlich zur Befriedigung des Schönheitssinnes aufgenommen. Die meisten Bilder sind nicht nur ideologisch, sondern auch technisch verschwommen.

Diese Schau ist ein Beweis mehr, daß das Bürgertum und die ihm nachlaufenden Proletarier keine produktive Idee zeugen können.

Das Ziel des Verbandes? Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ steht es: „... unser Bestreben geht dahin, den Amateur durch seine Photographie-Liebhabelei vom Trübel, vom Hasten, vom Häßlichen der Zeit abzulenken. Er soll sich an der Schönheit der Natur und an der Linie der Architektur erfreuen.“

Kürzlich hat ein Auch-Arbeitsloser im Rundfunk seinen Leidensgenossen den guten Rat gegeben, sie sollten Stiefmütterchen pflanzen, und es ginge ihnen besser. Hier haben wir ein anderes Rezept.

Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger — kauft euch von eurer Unterstützung einen Fotoapparat und fotografiert, dann habt ihr keine Sorgen mehr, keine Notverordnung ficht euch an! Die schon lange erstrebte Volks-Gemeinschaft wird erzielt durch gemeinsames Fotografieren.

Es sei noch vermerkt, daß es einige „national-sympathische“ Bilder zu sehen gab. Dem raffenden Kapital ist folgendes Bild gewidmet:

Zwei Hände — leider kann man nicht erkennen, ob es jüdische sind — umklammern Geld; Unterschrift: „Gier“. Eine dreifache Porträstudie zeigt links: „Ein Arbeitsloser“, rechts: „Einer von 6 000 000“ und in der Mitte: „Unterwelt“. (Die Arbeitslosen werden also als Unterweltler bezeichnet...) Das Gesicht eines wirklichen Unterweltlers hatte ich mir immer anders vorgestellt, ungefähr wie Goebbels Visage...

Also, Achtung, Amateurfotografen! Auftreten zum Marsch ins Dritte Reich!

## Brauereien arbeiten wieder

Nachdem der Bierstreik abgebrochen ist, haben die Berliner Brauereien ab Freitag die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen. Alle Kündigungen wurden rückgängig gemacht.

## Exmittierung mit Hindernissen

Im Hause Schwedter Straße 224 sollte einer der Bewohner, der seit längerer Zeit keine Miete mehr bezahlt hatte, exmittiert werden. Bereits einige Zeit vorher hatten sich Freunde des Mieters eingefunden, die den Gerichtsvollzieher erwarteten und ihn an der Ausübung seiner Amtshandlung hindern wollten.

Die Polizei war aber aufmerksam gemacht worden und zerstörte die Ansammlung. 16 Personen wurden festgenommen.

## Einsamer Tod

In der Hübnerstraße wurde die 92jährige Rentempfängerin Emma Fromm in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Man hatte die Greisin seit mehreren Tagen nicht gesehen und war gewaltsam in die Wohnung eingedrungen.

## Alles für Fest...

blaue u. schwarze Manchesteranzüge, blaue Leckersam Ärmelwestenanzüge, weiße Panamanen, Lack- und farbige Reformschuhe handgetriebene Broschen und Anhänger und vieles andere

## und Fahrt!

kniefreie Leckersam hosen in allen Farben, farbige Sporthemden u. Kittel, Ärmelwesten aus Grobklein, Lodenmäntel, Zelte Decken, Tornister, Rucksäcke, Brotbeutel, Bekleidung auch nach Maß

## beziehen die Juuendgenossen

## nur in unserem Unternehmen

Uebt Solidarität! Kauft bei uns! DIE FACKELSTUBEN

Eigentum des Bundes zur Förderung sozialistischer Werkgemeinschaften E. V.

BERLIN C 2, KLOSTERSTR. 62

Gebildet von 1912. Gewacht und unverdächtig

## Leipzig

Das schäbige Maßamt. Für die Arbeiter hat der ganze pompöse Messerummel, der jetzt wieder beginnt, eine böse Kehrseite. In diesen Tagen bestimmt die internationale Bourgeoisie das Stadtbild. Beachtlich ist neben den vielen luxuriösen Messeeinrichtungen der — Arbeitsnachweis auf dem Gelände der technischen Messe: eine elende, verkommene Bretterbude, in der die Arbeitsuchenden von morgens bis abends stehen müssen, weil die arme Stadt und das ebenso arme Maßamt, die für riesige Ausstellungspaläste Millionen verpulvern, kein Geld für die Bereitstellung Sitzgelegenheiten aufbringen. Dieser maßamtliche „Arbeitsnachweis“ gehört als Sehenswürdigkeit in den Baedeker.

**Stürmische KPO-Versammlung.** Am Donnerstag fand im Volkshaus eine Versammlung der KPO statt, in der die Anhänger der offiziellen KPD-Linie wie die Wilden gegen den Referenten Paul Böttcher tobten. Er sagte ihnen unangenehme Dinge. In der Diskussion wurde von einem Genossen der SAP darauf hingewiesen, daß die KPD in Leipzig jede Einheitsfrontarbeit zunichte macht und daß bereits gebildete Wahlkomitees in L-Leutzsch und L-Mockau auf Befehl der KPD-Bürokratie wieder auseinandergehen mußten. Paul Böttcher leistete sich den alten Scherz, die SAP als „zentristisch“ zu bezeichnen. Im übrigen zeigte sein Schlußwort, abgesehen von der berechtigten Kritik an der KPD, daß er an seinen Irrtümern festhält. Man konnte seinen Ausführungen entnehmen, daß die KPO ziemlich bedingungslos bereit ist, sich in den Wahlhelferkörper der KPD eingliedern zu lassen. Ob die KPO dann auch bereit sein wird, Wahlmaterial der KPD, in dem über die Einheitsfront von Hitler bis Brandler geschrieben wird, zu verbreiten? — Es wird wirklich Zeit, daß die Genossen der KPO endlich mit ihrer unnützen Sektiererei Schluss machen und sich der SAP anschließen.

**Der Leipziger Fürsorgekandal wird immer größer.** Jetzt hat man sogar die Sachbehilfen eingestellt. Nicht nur die Kleidungslieferung, sondern auch die Schuhbesorgung für die Bedürftigen fällt fort. Um nicht ganz schäblich zu erscheinen, hat die SPD, deren Parteigenosse Schulze der verantwortliche Dezernent des Leipziger Fürsorgeamts ist, einen Antrag im Stadtverordnetenkollegium gestellt, der die Lieferung von verbilligtem Volkskuchens, und zwar je Portion zu 10 Pfg., an die Bedürftigen verlangt. Der Antrag ist in dieser Situation reinste Demagogie. Er wurde zwar in der letzten Sitzung der Stadtverordneten einstimmig angenommen, aber einen ernsthaften Ersatz bieten die SPD-Bettelsuppen für das, was in der letzten Zeit den Erwerbslosen genommen wurde, natürlich nicht. Dabei ist die Durchführung des Antrags noch sehr fraglich. Bisher erhielten die Fürsorgeempfänger in den städtischen Speiseanstalten für sehr teures Geld (Portion 20 und 30 Pfg.) einen geradezu barbarischen Fraß. Jeden Montag wird z. B. ein grünlicher Spülicht mit „Nudeln“ verabreicht, in dem ein Stück „Fleisch“ herumschwimmt, das sich in gar nichts von Sohlenleder unterscheidet. „Königsberger Klops“ nennt sich ein Fraß, der aus etwas Essigtunke und einigen Fleischklumpchen undefinierbarer Provenienz besteht. In einigen Fällen wurden Haare und Fingernägel (!) in dem Armenfraß gefunden. Und was das Schlimmste ist: für diese Stadtküchen des Dr. Goardeler zahlt die Stadt Leipzig jährlich eine nette Summe (mindestens 60—70 000 Mark, jetzt jedenfalls mehr) drauf! Nette Wohltätigkeit, den Aermsten der Armen die letzten Groschen für solchen Fraß aus der Tasche zu nehmen und dann noch fette Subventionen aus dem Stadtsäckel zu beanspruchen!

## Mylau

Für die rote Einheitsfront. Sonnabend, den 5. März, findet in der Turnhalle der Freien Turnerschaft in Mylau eine öffentliche Versammlung der Sozialistischen Arbeiter-Partei statt. Genosse Willi Schaber von der „SAZ“ spricht über „Reichspräsidentenwahl — Rote oder Hindenburgfront?“ Genossen, sorgt dafür, daß viele Arbeiter und Arbeiterinnen diese Versammlung besuchen. Beginn 20 Uhr.

## Chemnitz

Wochenendkursus des SJV. Am Sonntagabend und Sonntag vormittag hielten der Sozialistische Jugendverband und die SAP

# Die Versammlungswelle

## Gelsenkirchen

Zu einer scharfen, aber sachlichen Abrechnung mit der Politik der SPD und der KPD kam es in einer Versammlung mit Genossin Balabanoff. Das Referat wurde von der Gelsenkirchener Arbeiterschaft mit starkem Beifall aufgenommen.

## Chemnitz-Rottluff

„Eiserne oder proletarische Front“ lautete das Thema, über welches Genosse Neumann referierte. Ein in der Diskussion sprechender Kommunist wurde von den SAP-Mitgliedern und im Schlußwort von Referenten gründlich widerlegt. Ferner wurde beschlossen, am Sonnabend, dem 12. März, eine öffentliche Versammlung abzuhalten.

## Zschachwitz

Ein großer Erfolg für unsere Partei wurde eine Versammlung mit dem Genossen Rosenfeld, Berlin. Ein KPO-Genosse vertrat in der Diskussion unsere Gedankengänge, so daß ihm vom Genossen Rosenfeld der Eintritt in

einen von 100 Genossen und Genossinnen besuchten Wochenendkursus ab. Das Thema, „Der Weg zum Rätestaat“, wurde vom Genossen Hammer, Dresden, geschickt und ausführlich behandelt. Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß die einzig mögliche Herrschaftsform des Proletariats das Räteystem sei und nicht irgendeine Form des Parlamentarismus, mag sie auch demokratisch scheinen. Voraussetzung zur Entwicklung und Entfaltung des Rätestaates sei aber die siegreiche sozialistische Revolution und ihre Festigung durch die aufzurichtende Diktatur des Proletariats. Als zentrales Problem für die gegenwärtige Arbeit hielt Genosse Hammer die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften. — Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Redners. Lediglich einige Genossen von der Allgemeinen Arbeiter-Union vertraten eine andere Auffassung, die Genosse Hammer jedoch treffend widerlegen konnte. Alles in allem zeigte der Kursus, daß in den Mitgliederkreisen der SAP und des SJV. Einstimmigkeit besteht darüber, daß für die Befreiung der Arbeiterklasse nur der revolutionäre Weg in Frage kommen kann.

Wie sage ich es meinen Kindern? Nach diesem Motto begründet der „linke“ SPD-Führer Böchel in mehr als lendenlahmen Ausführungen in der „Volksstimme“ den Umfall der Chemnitzer „Opposition“. In den letzten Wochen hat er sich redlich bemüht, seiner Gefolgschaft einzureden, daß der Parteivorstand schon noch ein Einsehen haben und

die SAP empfohlen wurde. Ein neuer Schritt zur Einheitsfront.

## Leipzig

In einer Versammlung des SJV sprach Genosse August Siemsen über die Not der Jugend. Ein KPD-Genosse versuchte, zu skandalisieren. Die Mehrheit der Versammlung bedankte sich für diese Art des „Klassenkampfes“. Resultat: ein großer Erfolg für uns.

## Frankenthal bei Gera

Genosse August Siemsen referierte in unserer ersten öffentlichen Versammlung vor weit mehr als hundert Proletariern. Sie bedeutete den Grundstein für eine neue Ortsgruppe.

## Claußnitz bei Burgstädt

Eine Anzahl Sportler gründete hier eine Ortsgruppe der SAP. Montag, 7. März, große öffentliche Versammlung mit Genosse Melcher, Dresden.

einen eigenen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufstellen werde. Man wußte sogar schon den Namen für diesen Mann: Reichspräsident Löbe. Es war aber Essig; der Parteivorstand hörte nicht auf die mahnende Stimme aus dem sächsischen Winkel, er stellte keinen eigenen Kandidaten, sondern präsentierte den SPD-Proleten den wahrhaft proletarischen, marxistischen Generalmarschall Paul v. Hindenburg. Und des Parteivorstandes allergehorsamste Opposition tut jetzt ihr möglichstes, den eigenen Anhängern blauen Dunst vorzumachen. — Und sowas nennt sich dann noch marxistisch! Wir SAP-Genossen müssen die SPD-Genossen von der Notwendigkeit, dem einzigen Arbeiterkandidaten, Thälmann, ihre Stimme zu geben, überzeugen.

Schlechte Zeiten sind für die „Eiserne Front“. Auf die Rüstwoche scheint jetzt die Rostwoche gefolgt zu sein. Es muß hapern mit den Einzeichnungen in die „Eisernen Bücher“, trotz Verlängerung der Einzeichnungsfrist. Aber wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, muß eben der Prophet zum Berge kommen. Also setzen sich die Marschkolonnen der „Eisernen Front“ in Bewegung, und an jeder Tür wird geklingelt, um die Arbeiter zur Eintragung in das „Eiserne“ zu überreden. Da hat aber auch ein Unvorsichtiger im benachbarten Harthau die Katze aus dem Sacke gelassen und einem hartnäckigen Widerspenstigen erklärt, die Adressensammlung habe vor allen Dingen den Zweck, fest-

zustellen, bei wem man im Notfall bei einer Geldsammlung versprechen könne. Es sei ja bekannt, daß die Propagierung des Präsidentschaftskandidaten Geld und nochmals Geld koste. — Was wir schon immer vorausgesetzt haben, ist bestätigt worden: der ganze Eiserne Front-Kummel hatte den Hauptzweck, Hindenburg bei der Arbeiterschaft populär zu machen. Hier gibt es nur eine Parole, die Parole unseres alten Bebel: „Diesem Mann und diesem System keinen Groschen!“ Prolet, Taschen zu!

## Löbau

Politische Erziehungsarbeit durch Rote Revue. Zum erstmalig trat der SJV mit einer Roten Revue vor die Öffentlichkeit, und mit vollem Erfolg. Bis auf den letzten Platz war der geräumige Saal des „Wettiner Hof“ gefüllt. Das Programm war sehr gut aufgebaut und bot Bilder von starker Wirkung. Alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens waren der Satire verfallen. Mit den verschiedensten Mitteln wurde gearbeitet. Auch der Versuch, sich an Chansons heranzuwagen, darf als durchaus gelungen bezeichnet werden. Was erzielt wurde, war nur gemeinsam möglich; keiner durfte fehlen. Die Begeisterung der Besucher war der schönsten Dank für die mühevollen Arbeit.

SPD macht Leben in die Bude. Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit, auf die krampfhaften Versuche der SPD, ihr Abwirtschaften zu verdecken, hinzuweisen. Die „Volkszeitung“ berichtet auch jetzt wieder in den Berichten über die Hauptversammlungen der einzelnen Unterbezirke, „daß die Sapisten nirgend wo nach ihrem Willen Fuß fassen konnten“ oder daß „die SAP festgefahren ist“. Dagegen herrsche in den Ortsgruppen der SPD ein prächtiger Kampfgeist vor. Wie dieser Kampfgeist aussieht, davon einige kleine Proben. Uns ist ein Rundschreiben des Zentralsekretariats auf den Tisch geflogen, das von Joh. Schöning gezeichnet ist. Wir entnehmen ihm folgendes: „Weiter muß unser Redner durch Beifall während der Rede und durch Zurufe wie „sehr richtig“, „sehr wahr“ usw. unterstützt werden. Damit beeinflussen wir die Indifferenten zu unseren Gunsten und zeigen unseren Gegnern, daß wir die Situation beherrschen. Lernt in dieser Sache von den Gegnern, die solche Wirkung zu erzielen verstehen, während unsere Genossen gewöhnlich stumm sind. Also etwas mehr Leben in die Bude, Lebendigkeit ist heute alles!“ So also sieht der „prächtige Kampfgeist“ aus. Beifall auf Kommando. Ja, das glauben wir auch gern, daß sich das notwendig macht; denn wer zollt noch Beifall aus innerster Ueberzeugung, wenn die SPD-Redner wieder einmal einen „Dreh“ der Oberen den Arbeitern begreiflich zu machen suchen. Mit der Politik der SPD ist nun mal kein Hund mehr hinterm Ofen hervorzulocken. Aber das können wir der SPD versichern: wirkliches Leben, wirklicher Kampfgeist, die lassen sich nicht verordnen!

## Aus der Mark

### Heftige Zusammenstöße im Provinziallandtag

Im Brandenburgischen Provinziallandtag kam es am Donnerstag zu heftigen Zusammenstößen bei einer Erklärung des nationalsozialistischen Fraktionsführers Jacobsen-Müncheberg. Der Haushaltsausschuß hatte am Donnerstag vormittag sich mit den vom Abg. Weidlich (Natsoz.) erhobenen Vorwürfen gegen die Landesverwaltung, insbesondere Landesbaurat Kluge, zu beschäftigen, in denen Weidlich u. a. von Unregelmäßigkeiten bei der Straßenbauverwaltung gesprochen hatte. Der Haushaltsausschuß erklärte diese Angriffe und Vorwürfe für unbegründet. Jacobsen, Müncheberg, verlas daraufhin eine Erklärung, in der er sagte, daß die Nationalsozialisten sich nur gegen das System bei der Auftragsvergebung wendeten. Der Ausschuß habe allerdings nach dem Muster von Sklarek statt aufzuklären die Untersuchung sabotiert. Die Folge war ein Sturm auf der Linken und in der Mitte. Der Ältestenrat schloß nach fast zweistündiger Beratung Jacobsen unter Diätenentziehung von der Freitagsitzung aus.

Im mündlichen Bericht des Ausschusses für die Landesversicherungsanstalt und die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft betonte

Abg. Paulsen, Falkensee (Soz.), infolge der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Zunahme der Arbeitslosigkeit habe sich die Finanzlage der Landesversicherungsanstalt weiter verschlechtert. Die Beitragseinnahmen seien gegenüber dem Vorjahr um rund 105 000 Mark zurückgegangen und die Rentenlast um rund 127 000 Mark gestiegen. Im Endergebnis stehe im Vergleich zum Vorjahr eine Mindereinnahme von rund 4,38 Millionen eiter Mehrbelastung von rund 3,97 Millionen RM. gegenüber. Bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft habe man eine straffere Zentralisierung durchgeführt. Die Berufsgenossenschaft umfasse 283 000 Betriebe. Die Kontrolle hätte eine Zunahme der Sicherheitsmaßnahmen ergeben. Die Gesamtzahl der Unfälle belief sich im Jahre 1931 auf 24 289, also 993 weniger als im Vorjahre. Erfreulicherweise sei die Zahl der tödlichen Unfälle auch ganz erheblich von 175 auf 129 zurückgegangen.

Die Versammlung nahm darauf von den Verwaltungsberichten Kenntnis.

### Premnitz

Öffentliche Versammlung der SAP. Am Donnerstag, dem 10. März, spricht um 20 Uhr im Lokal Breitig die Genossin Gertrud Düby-Berlin zum Thema „Einheitsfront und Reichspräsidentenwahl“.

Selbstmord. Die Tochter des Landwirts Genrich warf sich in den Morgenstunden des 2. März vor den Zug auf der Strecke der Stadtbahn dicht am Ausgang des Ortes. Sie war sofort tot. — Am gleichen Vormittag verunglückte der Sohn des Kohlenhändlers Schultze. Er stürzte von einem mit Holz beladenen Fuhrwerk in der Gartenstraße, der Wagen rollte über einen Arm und über den Leib. Trotzdem konnte bisher keine schwere Verletzung festgestellt werden.

### Brandenburg a. H.

Motorradunfall. An der Chaussee Brandenburg—Rathenow verunglückten zwei Bäckergesellen bei dem Ort Fohrde mit dem Motorrad so schwer, daß der eine, Erich Redlich aus Brandenburg, sofort tot war. Der andere, Fritz Kleßen, liegt schwer verletzt im Krankenhaus zu Brandenburg.

### Wittstock

11 Jahre Zuchthaus. Die beiden Mörder des Landwirts Delf wurden wegen gemeinsamen Totschlags zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen anderer Ueberfälle und Einbrüche werden sie sich noch zu verantworten haben.

### Fürstenberg/Oder

Nazis bevölkern den Ort. Seit Tagen rücken in Fürstenberg ortsfremde Nazis an. Im SA-Heim und in Zietendorf werden sie untergebracht. Durch provozierendes Verhalten bringen sie größte Unruhe unter die Einwohnerschaft. Die Arbeiterschaft läßt sich nicht einfach an die Wand drücken. Sie wird beweisen, daß Fürstenberg rot ist und bleibt.

# Arbeiter Berlins!

SAP und SJV rufen zu einer

## öffentlichen Versammlung

auf, die Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, in Kleins Festsälen in Neukölln, Hasenheide 13/16, stattfindet. Es sprechen der Parteivorsitzende der SAP

Reichstags-Abgeordneter Max Seydewitz und der Vorsitzende des SJV Willi Kreßmann über die Reichspräsidentenwahl

Die internationalen Referenten können — infolge der Verschiebung ihrer Berliner Tagung — nicht erscheinen.

Mitwirkung der Freien Spielleute Neukölln

Unkostenbeitrag 20 Pfennig

Erwerbslose 10 Pfennig



## Groener macht Geschichten

Der siamesische Zwillingbruder des Reichsinnenministers, der Reichswehrminister Groener hat seinem Kollegen, dem eben verstorbenen „Geenig“ einen Nachruf gewidmet. Nicht der durch Hans Reimann beliebt gewordene Figur, sondern dem „Generalfeldmarschall“, dessen ganze Liebe, so behauptet Herr Groener, von frühester Jugend an „der Sächsischen Armee“ gegolten habe.

Es geht zwar das Gerücht, der ehemalige August von Sachsen habe noch eine heißere, allerdings „geistige“ Liebe gehabt und, sonst unmusikalisch, habe er doch sämtliche Variationen über das Thema: „Trinke mer noch e Treppche“ beherrscht. — Ja, es wird ihm auf dem Gebiet des Flaschenspiels eine bedeutendere Kenntnis als auf dem des Kriegsspiels nachgerühmt; er soll viel mehr Flaschen als Feinden den Hals gebrochen haben. Aber es ist begreiflich, daß Herr Groener das ignoriert, während uns gewöhnlichen Sterblichen solch Hälsbrechen immer noch sympathischer ist als die Zerschmetterungsarien, die ein bekannter Gockel auf dem Mist seines Größenwahns krähte. Doch das ist gar nicht das, was wir erzählen wollten.

In Herrn Groeners Nachruf kommt nämlich ein Satz vor von so schlichter Größe, wie sie nur so großen Kriegerern eigen ist, wie der „Geenig“ einer war und der Herr Reichsinnenminister einer ist. Und der Satz heißt: „Ernstes Friedensarbeit führte zu den der Geschichte angehörenden stolzen Erfolgen im Weltkrieg.“

Potztausend! Da haben wir gerade mal in der Geschichtsstunde gefehlt, als das behandelt wurde! Oder — bitte nicht schlagen, Herr Lehrer! — haben gerade nicht aufgepaßt, als der Präzeptor Groener mit der Muse der Geschichte schäkerte und sich so schöne Geschichten erzählen ließ. Da hatten wir immer geglaubt, es „gehöre der Geschichte an“, daß Deutschland den Weltkrieg verloren habe, hatten gedacht, daß die „ernste Friedensarbeit“ des Säbelraselns weder zu „herrlichen Zeiten“ noch zu „stolzen Erfolgen“, sondern zu einem furchtbaren Elend geführt habe. Was tut Gott? Er läßt die ganze Geschichte nicht wahr sein! Und Herr Groener ist sein Prophet! Und wie sagt doch Treitschke? „Männer machen die Geschichte.“ Nun, ist Herr Groener nicht ein Mann? Er hat die Geschichte, nein, frei nach Treitschke, Geschichten gemacht.

## Groener revidiert nicht

Parlamentarische Entschlüsse sind unerheblich . . .

Berlin, 4. März 1932.

Die Korrespondenz Hofrichter, die gelegentlich aus den Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, recht wichtige Informationen gebracht hat, schreibt:

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet im Anschluß an eine Rede des Prälaten Kaas vor den Delegierten der Berliner Zentrums-Partei, daß der Beschluß des Reichstags auf Aufhebung des Reichswehrrlasses über die Einstellung der Nationalsozialisten „Anlaß zu einer ersten Nachprüfung der Maßnahmen“ gegeben habe.

Daran ist kein wahres Wort. Von einer Nachprüfung kann keine Rede sein.

Selbstverständlich hat an keiner verantwortlichen Stelle das Verhalten der Nationalsozialisten besonders imponiert, deren Abstinenz die Annahme des kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Erlasses erst möglich gemacht hat.

Daraus ist aber nicht zu schließen, daß die Reichsregierung eine verschärfte oppressive Politik gegenüber den Nationalsozialisten zu treiben beabsichtigt.

## Lappoputsch erledigt

Helsingfors, 4. März 1932.

Die Hauptversammlung von aufständischen Lappo-Leuten in Riihimäki, 70 Kilometer nördlich der Hauptstadt, ist aufgelöst worden, die Führer sind geflüchtet. Telefongespräche für die ausländische Presse werden wieder zugelassen.

Wie einer der Führer der Lappobewegung erklärt, hat die Sperrung des Telephon- und Telegraphenverkehrs in ganz Finnland die weitere Ausdehnung der Bewegung verhindert und dieser damit den vernichtenden Schlag versetzt. Die Führer der Lappobewegung sollen aber entschlossen sein, in absehbarer Zeit, besser vorbereitet, den Marsch nach Helsingfors zu wiederholen.

## Eugen d'Albert †

Riga, 4. März 1932.

Gestern abend verstarb der zur Durchführung seiner Scheidungsklage seit einigen Monaten hier weilende Komponist Eugen d'Albert (Schöpfer von „Tiefeland“, „Tote Augen“ u. a.) im Alter von 68 Jahren an einem Herzschlag. Der Künstler soll schon einige Wochen krank zu Bett gelegen haben.

# Verlustbilanz der AEG

20 Prozent Personalabbau — 30 Prozent Umsatzrückgang  
Kapazitätsausnutzung 40 Prozent

Berlin, 4. März 1932.

Was schon nach dem Gewinnabschluss des Siemens-Konzerns zu erwarten war, wird durch die jetzt ebenfalls veröffentlichte Gewinn- und Verlustrechnung der AEG bestätigt: dieser andere große deutsche Elektrokonzern hat in dem abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem Verlust gearbeitet, der von der Verwaltung mit 20 Mill. RM. ausgewiesen wird. Es wird aber zugegeben, daß hiermit der ganze Verlust nicht erfaßt ist und Teile des wirklich eingetretenen Verlustes schon durch interne Umbuchungen aufgewogen worden sind. Die AEG schneidet also erheblich ungünstiger ab wie der Siemens-Konzern. Die Erklärung ergibt sich aus der Tatsache, daß der AEG-Konzern fast ausschließlich das Starkstromgeschäft pflegt und darum den Stößen der Krise besonders ausgesetzt ist. Tatsächlich ist der Umsatz des Konzerns gegenüber dem vergangenen Jahr weitgehend geschrumpft. Die Gesamteinbuße wird in dem Bericht auf rund 30 Prozent (370 gegen 520 Mill. RM.) beziffert. An diesem Rückgang sind wieder besonders jene Abteilungen beteiligt, die vornehmlich auf Aufträge der öffentlichen Hand angewiesen sind. Bei diesen lag die Beschäftigung nur knapp über der Hälfte des vorigen Jahres. Insgesamt ist das Inland am Umsatzrückgang der AEG stärker beteiligt wie das Ausland, so daß das Verhältnis der Inlandsaufträge zu den Auslandsaufträgen zugunsten der letzteren weiter verringert worden ist. Wie im Bericht vermerkt wird, steht der Auslandsumsatz „nicht mehr wesentlich“ hinter dem Inlandsumsatz zurück, hat aber dem absoluten Wert nach gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent abgenommen.

Die Belegschaft ist auch in diesem Jahre wieder stark verringert worden. Sie zählte am 1. Februar 1932 in den eigentlichen AEG-Betrieben noch 38 500 Köpfe gegen 40 000 am 1. Januar 1932 und rund 50 000 am 1. Januar 1931. Im Geschäftsjahr 1929/30 zählte die AEG bei einem Umsatz in Höhe von 580 Mill. Reichsmark 60 400 Beschäftigte, so daß seitdem mehr als ein Drittel entlassen worden ist.

Die Gewinn- und Verlustrechnung

weist ein Brutto-Ergebnis von 15 Mill. gegen 29,7 Mill. RM. im Vorjahre auf. Die in Wirklichkeit eingetretene Schrumpfung ist aber erheblich größer, da im vorigen Jahre Anleihezinsen und Soziallasten schon vor Errechnung des Bruttoerlöses abgerechnet waren, jetzt aber besonders mit 9,07 bzw. 11,6 Mill. RM. angeführt sind, so daß von einem Rohgewinn eigentlich überhaupt nicht gesprochen werden kann. Der ausgewiesene Verlust wird aus dem Reservefonds gedeckt, der sich hierdurch von 61,4 auf 42,0 Mill. RM. vermindert. Außerdem werden 15 Mill. RM. eigener, im Portefeuille der AEG befindlichen Aktien eingezogen, so daß sich das Aktienkapital von 200 auf 185 Mill. RM. vermindert.

Die Bilanzposten weisen sowohl in Aktiven als Passiven eine Reihe beachtlicher Veränderungen auf. Das Konto „Anlagen in Arbeit“ ist von 25,4 auf 15,8 Mill. RM.

zurückgegangen, was darauf hindeutet, daß der rückläufige Beschäftigungsgrad unvermindert anhält bzw. sich noch verschärft hat. Die „Beteiligungen“ sind von 142,2 auf 155,0 Mill. RM. gestiegen, wobei es sich ganz allgemein um zumeist verlustreiche Neuerwerbungen handeln dürfte. Gerade aus den allerjüngsten Neubeteiligungen der AEG. — wir erwähnen nur das Sachsenwerk — müssen dem Konzern große Verluste entstanden sein. Diese Tatsache hat der Geheimrat Bücher in einer Bilanz-Pressbesprechung auch offen zugegeben und hierbei sogar die Bemerkung fallen lassen, daß außer den bereits erfolgten „noch weitere Abschlüssen“ nötig sein werden, eine Bemerkung, die jedenfalls zu einer recht vorsichtigen Bewertung dieses Bilanzpostens stimmen muß. Die „Wertpapiere“ erscheinen in der Bilanz mit 4,8 gegen 7,9 Mill. RM. Hierzu wird bemerkt, daß die deutschen Papiere zum Kurse vom 18. September bewertet worden sind, soweit sie nicht niedriger zu Buche standen. Die Gesellschaft hat es demnach ebenso wie der Siemens-Konzern für angebracht gehalten, von der durch Notverordnung gegebenen Möglichkeit, eine höhere Bewertung vorzunehmen, keinen Gebrauch zu machen, so daß möglicherweise sich aus diesem Konto noch stille Gewinne ergeben können. In Anbetracht der verhältnismäßigen Geringfügigkeit des gesamten Postens können diese aber auch im günstigsten Falle nicht stark ins Gewicht fallen. Der Wechselbestand ist von 14,7 auf 17,3 Mill. RM. gestiegen. An dieser Zunahme dürften wohl die Russenwechsel beteiligt sein, von denen Bücher erklärte, daß diese bisher pünktlich eingelöst worden seien.

Die Liquidität hat sich im Berichtsjahr stark verschlechtert.

Zwar steht einer Zunahme der Bankschulden von 16,7 auf 29,9 Mill. RM. eine Erhöhung der Bankguthaben von 44,8 auf 59,7 Mill. RM. gegenüber, jedoch enthält die Bilanz unter den Verpflichtungen zum erstenmal einen Posten „Import- und Export-Rembourse“ in Höhe von 54,4 Mill. RM., die eigentlich zu den Bankschulden zu zählen sind, so daß die Liquidität der Bilanz zumindest um 50 Mill. RM. verschlechtert ist.

Geheimrat Bücher konnte natürlich nicht umhin, vor den Pressevertretern das übliche

Klagelied über Steuern und soziale Lasten anzustimmen, „die eine Rentabilität verhindern“. In Wirklichkeit erklärt sich der Verlustabschluss aus der Tatsache, daß es der AEG. an Aufträgen zur Verwertung ihrer mit hohen Kapitalkosten belasteten Anlagen fehlt. Die ganze Ausnutzungsfähigkeit ist auf 40% des besten Beschäftigungsstandes gesunken, während die Anleihezinsen, die in der Gewinn- und Verlustrechnung mit 9,0 Mill. RM. beziffert werden, sich kaum verändert haben.

Ueber die gezahlte Lohnsumme werden bezeichnenderweise keine Angaben gemacht. Das Guthaben der Sparkasse ist mit 18,7 Mill. RM. ausgewiesen gegen 19,1 bzw. 24,8 in den vorausgegangenen Jahren.

## Acht Stunden stehen — für fünf Mark

Skandalöse Zustände im Berliner Arbeitsamt

Im Arbeitsamt Südost in Berlin herrschen skandalöse Zustände. Die Arbeitslosen, die teilweise einen Weg von 18 km zurücklegen haben, bis sie an die Stempelstelle gelangen, müssen durchschnittlich vier bis fünf Stunden auf ihre Abfertigung warten. Um „Ordnung“ zu schaffen, hat jetzt die Polizei eingegriffen und angeordnet, daß die Wartenden Schlange zu stehen haben. Die Warträume sind so eng, daß ein teilweise

lebensgefährliches Gedränge

entsteht. Die Arbeitslosen müssen in die Arbeitsräume des Personals flüchten, um Luft schöpfen zu können.

Obwohl die Angestellten längst nicht mehr in der Lage sind, den Betrieb zu bewältigen, sind jetzt wieder

neun Angestellte entlassen

worden. Dafür stellte man Hilfsarbeiter aus anderen Arbeitsämtern vertretungsweise ein, die nicht eingearbeitet und dem Massenansturm nicht gewachsen sind.

Mit knurrendem Magen und in unzulänglicher Kleidung sind die Arbeitslosen

bis zu 8 Stunden unterwegs, um dann mit 5 Mark Stempelgeld nach Hause zurückzukehren.

36 000 Arbeitslose sind im Durchschnitt jeden Tag abzufertigen. Drei

Hundertschaften Schupo sind angefordert. Aber sie können nichts ausrichten gegen die Tumulte, die hier entstehen müssen.

„Wenn jetzt schlechtes Wetter kommt und Zehntausende im Freien vier Stunden anstehen müssen, dann gibt Mord und Totschlag, denn dann stürmen sie einfach das Haus!“ sagte ein verantwortlicher Beamter.

Das neue erst vor wenigen Tagen in Betrieb genommene Gebäude ist so unzuverlässig gebaut, daß Zwischenfälle gar nicht zu vermeiden sind. Von den Menschenmassen, die stundenlang draußen warten, werden immer nur 40 zu den Kassenräumen zugelassen. Aber die mit Drehtüren versehenen Eingänge sind so eng, daß die Arbeitslosen durch den Ansturm der Glasscheiben ein-drücken müssen. Zu hunderten fallen die Wartenden, darunter viele Frauen, in Ohnmacht, Verstauchungen und Verrenkungen wiederholen sich stündlich. Aber ein geeigneter

Sanitätsraum ist überhaupt nicht vorhanden. Diese menschenunwürdige Behandlung der durch die Schuld des kapitalistischen Systems aus dem Erwerbaleben verdrängten Proletarier erfordert den schärfsten Protest der gesamten Arbeiterklasse und sofortiges Einschreiten der Behörden!

Russisch-persischer Vertrag ratifiziert. Einer sowjetamtlichen Meldung aus Teheran zufolge hat das persische Parlament den sowjetrussisch-persischen Handels- und Schiffs-fahrtsvertrag ratifiziert. Der Vertrag ist am 27. Oktober 1931 in Teheran abgeschlossen worden.



Achtung!

JUNO  
JUNO  
immer wieder

JUNO,  
die jeden  
Kenner restlos  
befriedigende  
Cigarette 1/4.

6 Stück 20<sup>8</sup>

# Rosa Luxemburg / Zu ihrem Geburtstag am 5. März

## Aktuelle Lehren

W. Sch. Berlin, 4. März 1932.

„Was jetzt zu machen ist, ist, mit vollem Bewußtsein die gesamte Kraft des Proletariats auf die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft zu richten!“ Diesen Aufruf richtete Rosa Luxemburg in den letzten Dezembertagen des Jahres 1918 an die revolutionären Sozialisten Deutschlands; in ihrer Programmrede auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei. Die Tatsache, daß wir heute an einem historischen Punkt angelangt sind, der dem deutschen Proletariat erneut die Möglichkeit der revolutionären Machtergreifung eröffnet, läßt jenes zielscharfe Referat besonders aktuell erscheinen. Rosa Luxemburg geißelt hier den Verrat der reformistischen Führung, den Verrat der Ebert, Scheidemann, Noske, welche kein anderes Ziel kannten als die Erdrosselung der Revolution. Rücksichtslos geht sie mit allen Illusionen ins Gericht, auch mit der Illusion einer falschen, verschwommenen „Einigkeit“ im Lager des Sozialismus. Sie zeigt die blutige Desillusionierung aller Einheitsfronträume, die auf dem bloßen Glauben an den „guten Willen“ der Sozialisten verschiedenster Richtungen beruhen.

Wie kommen wir zur wirklichen proletarischen Einheitsfront, zur Sammlung aller revolutionären Kräfte?

Rosa Luxemburg gibt uns darauf die präzise Antwort: durch die Kämpfe des Tages, die von den breitesten Massen des Proletariats zu führen sind! An der Wirtschaftsfrent sind alle Kräfte zu konzentrieren. Die Streiks müssen „zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution“ werden! „Der Kampf um den Sozialismus kann nur durch die Massen, unmittelbar Brust an Brust mit dem Kapitalismus ausgefochten werden, in jedem Betriebe, von jedem Proletarier gegen seinen Unternehmer. Nur dann wird es eine sozialistische Revolution sein!“

Kann es eine bessere Gegenwartsparole geben als diese Mahnung? Stehen wir nicht heute vor derselben Aufgabe: die Arbeiterschaft zum direkten Kampf zu mobilisieren? Wie anders könnten wir den revolutionären Totalangriff vorbereiten als durch konsequente Aktionen in den Betrieben, durch Protesthandlungen gegen den schändlichen Lohnraub, durch Organisation von Streiks, die von der Masse der Betriebsarbeiter getragen werden! Eine Welle demonstrativer Streiks müßte über ganz Deutschland dahinbrausen und den Kapitalismus in seinen Grundmauern untergraben. In solcher Aktion würde der Kampfgeist des Proletariats in unerhörter Weise aktiviert, und die Bourgeoisie, an Koalitions- und Tolerierungsgeist gewöhnt, neuerdings vertrauensvoll auf den Hindenburgfrieden bauend, würde wieder einmal die Macht des Proletariats zu spüren bekommen. Nur so kann die rote Einheitsfront geschmiedet werden: durch die revolutionäre Praxis!

Vorbei ist die Epoche der bloßen Propaganda, vorbei die Epoche der „Schulung“:

„Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen. Wir sind nämlich zum Glück über die Zeiten hinaus, wo es hieß, das Proletariat sozialistisch zu schulen. Diese Zeiten scheinen für die Marxisten von der Kautskyschen Schule bis auf den heutigen Tag noch zu existieren. Die proletarischen Massen sozialistisch schulen, das heißt: ihnen Vorträge halten und Flugblätter und Broschüren verbreiten. Nein, die sozialistische Proletariatschule braucht das alles nicht. Sie werden geschult, indem sie zur Tat greifen. Hier heißt es: im Anfang war die Tat!“

Und so kommt Rosa Luxemburg dazu, im Räte system „das Abo der Revolution“ zu sehen. „das Stichwort, das unsere Revolution vollständig von allen früheren bürgerlichen Revolutionen scheidet“.

Auch diese Losung haben wir heute wieder aufzunehmen. Nicht nur ideo-

## Das Leben einer Kämpferin

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1870 in Zamosc, ehemals Russisch-Polen, geboren. Ihre Eltern waren wohlhabende bürgerliche Kaufleute mit großen Bildungs- und Kulturbestrebungen. Schon früh führte die Mutter die kleine Rosa in die Literatur ein. Sie erzählte ihr Märchen und Fabeln und las mit ihr die Klassiker. Rosa hatte eine Vorliebe für Bücher. Mit fünf Jahren konnte sie lesen und schreiben und versuchte mit kindlichem Eifer, die Hausmädchen, die damals fast noch alle Analphabeten waren, in diese schwierige Kunst einzuweihen. Das geschah in Warschau, wohin die Familie — außer Rosa existierten noch vier ältere Kinder — inzwischen übersiedelt war. Rosas Liebe zu Pflanzen und Tieren, die sich in ihren späteren Gefängnisjahren noch vertieft hat, war schon früh entwickelt. Sie verfertigte kleine Gedichte, die für ein so kleines Wesen erstaunlich sicher geschrieben waren. Auch zeichnete sie leidenschaftlich gern und war sogar Leserin und Mitarbeiterin einer Kinderzeitung.

Als Rosa acht Jahre alt war, kam sie auf ein Gymnasium. Trotzdem sie bis zum Ende der Schulzeit immer die beste Schülerin war, bekam sie nicht die übliche Auszeichnung. (Eine goldene Medaille!) Ihre Oppositionsstellung, die sich im Laufe der Schuljahre herausgebildet hatte, war der Hindernisgrund. Sie konnte sich nicht an den abernen Zerstreuungen ihrer Mitschülerinnen beteiligen. Sie konnte sich nicht all den harmlosen Freuden einer Durchschnittsgymnasiastin hingeben, denn sie sah um sich Unrecht wuchern und freche Gewalt. Besonders erregten sie die furchtbaren Judenpogrome, die damals an der Tagesordnung waren. Der romantische polnisch-nationale Patriotismus war Rosa verhaft. Sie hatte nichts mit ihm zu tun. Das allgemeine Elend hatte ihr die Augen geöffnet. Sie suchte und fand Einlaß in sozialistische Geheimzirkel. Hier konnte sich ihre jugendliche Begeisterung entzünden. Es war eine ziemlich bunte Gesellschaft, die da zusammenkam. Anarchisten, Nihilisten, Marxisten! Hier wurde das kommunistische Manifest gelesen und diskutiert, in diesen Zirkeln fühlte sich Rosa zu Hause. Diese revolutionäre Atmosphäre bedeutete Glück, es zog sie von der bürgerlichen Tradition des Elternhauses fort zu dem rechtlosen Proletariat, über dessen Geschick sie sich empörte. Sie wurde Sozialistin.

Die zaristische Polizei begann sich für die 17jährige Gymnasiastin zu interessieren. Rosa beschloß, ins Ausland zu gehen, der Paß wurde ihr jedoch verweigert. Der Boden in Warschau wurde immer gefährlicher für sie, eine Kerkerstrafe, die für revolutionäre Studenten üblich war, kam dem Lebendig-Be-grabensein nahe. Die Dauer der Strafe konnte sich jahrelang hinauszuziehen. Da entschloß sich Rosa zu fliehen. Ein junger Parteigenosse, der Jungsozialist Martin Kuschak, der von den Russen 1905 gehängt wurde, half ihr bei der Flucht. Sie gelang. Rosa fand in der Schweiz Unterkunft. In Zürich, ihrer neuen Wohnstätte, ließ sie auf viele Landsleute, die sich gleich ihr, in die Schweiz gerettet hatten. Einer von ihnen, Leo Jogiches, wurde ihr Lehrer und Freund. Jogiches hatte, trotzdem er nur wenige Jahre älter als Rosa war, bereits sibirische Verbannung und vielerlei Gefängnisstrafen hinter sich. Um ihn lag eine Wolke romantischer Verschwörung, die die junge Rosa ungemein anzog. Nach einem kurzen Philosophie-Studium entschloß sie sich für die Staatswissenschaften und Nationalökonomie, eine Basis, die ihr nützlicher zum Kampf für die ausgebeutete Klasse dünkte, als jene Wissenschaft. Sie war sehr begabt, und bald bildete sie das geistige Zentrum ihrer Studien-genossen. Für alle Arbeiterfragen interessierte sie sich glühend. Ihre Meinung veröffentlichte sie in den wenigen sozialistischen Zeitschriften, die damals erschienen. Nach Erlangung ihrer juristischen Doktorwürde fuhr sie nach Paris, um die dortigen politischen Verhältnisse zu studieren. Dort freundete sie sich besonders mit dem Vorkämpfer der französischen Arbeiterbewegung, Edouard Vaillant, an. Ihr ganzes Gefühl zog sie jedoch

logisch muß der Rätegedanke im gesamten Proletariat fest verankert werden — darüber hinaus sind die konkreten Voraussetzungen für den Aufbau des Räteapparates zu schaffen, vor allem durch die Zusammenfassung der revolutionären Betriebsräte und der antifaschistischen Kampforgane. Hier sind die Urzellen der kommenden proletarischen Diktatur!

Arbeiten wir im Geiste Rosa Luxemburgs; folgen wir ihrem Kampf! Eine neue Entscheidungsschneidezeit naht heran!

nach Deutschland. In diesem Land glaubte sie sich revolutionär, fruchtbar, betätigen zu können. Ihre Hoffnung klammerte sich an die deutsche Arbeiterschaft. Um eine deutsche Aufenthaltsbewilligung zu bekommen — als russisch-polnische Emigrantin hätte sie eine solche niemals erhalten — heiratete sie den Sohn eines in Zürich lebenden deutschen Parteigenossen Lübeck. Am Tage nach der Schließung dieser Scheinehe fuhr Rosa nach Deutschland.

Der deutsche Sozialismus war Rosas revolutionärem Denken und Fühlen nicht sehr geneigt. Das Kampffeld war groß; aber es standen nur wenige Radikale gegen Reformisten, welche von dem vorsichtigen Eduard Bernstein angeführt wurden. Diesem Revisionismus, der es sich zur Aufgabe machte, die marxistischen Grundsätze zu kritisieren und zu revidieren, stellten sich Rosa und mit ihr Kautsky, Bebel und einige andere, entgegen. Unermüdlich war Rosa agitatorisch tätig und bemüht, das Proletariat aufzuklären. Ihre erste Gefängnisstrafe ließ nicht lange auf sich warten. Im Jahre 1904 wurde sie wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zum Klassenhaß verurteilt. In Zwickau saß sie die Strafe ab. Im Jahre 1905, als die Revolution in Rußland auszubrechen schien, fuhr Rosa nach Warschau. Schon nach zweimonatigem Aufenthalt wurde sie in die Warschauer Festung eingeliefert und blieb ein halbes Jahr in Haft. Nach ihrer Entlassung reiste sie über Petersburg nach Finnland und von dort wieder nach Deutschland zurück. Nun hatte sie auch praktische Erfahrungen. Besonders interessierte sie das Problem des Massenstreiks, von dessen Durchführung sie in Deutschland ungeheuer viel erwartete. Ihre Broschüre über die Lehren des Massenstreiks ließ sie sofort nach ihrer Ankunft erscheinen. Ihre Unruhe wuchs. Sie war eine leidenschaftliche Revolutionärin, und die Konsequenzen, die sie vom revolutionären Denken und Fühlen erwartete, mußten bei der revolutionären Tat enden. Aber die Führer des Sozialismus arbeiteten nicht auf die Verwirklichung dieses Ziels hin. Rosas Pessimismus wuchs. Die kapitalistischen Staaten, die sich immer imperialistischer und militaristischer entwickelten, bildeten eine stärkere internationale, als die des Proletariats. Und wenn sich eines Tages diese nationalen Staaten aus Neid und Ruhmbegierde gegeneinander wendeten und einen Krieg entfachten, bildete wieder das Proletariat das Opfer. Auf alle Fälle waren die Proletarier die Ausgebeuteten. Immer und überall! Lange bevor überhaupt an eine Möglichkeit eines Weltkrieges gedacht wurde, war sich Rosa Luxemburg über das Nahen dieser drohenden Gefahr im klaren. Da sie keine Möglichkeit im Verhindern des nahenden und sinnlosen Blutbades durch den revisionistischen Sozialismus sah, blieb als einziger Ausweg der revolutionäre Sozialismus.

Zwischen allen theoretischen und tagespolitischen Fragen, denen sich Rosa mit Eifer hingab, übte sie noch das Amt eines Lehrers aus. Es war nämlich inzwischen eine Partei-schule gegründet worden, deren Aufgabe es sein sollte, den Funktionären eine theoretische Vorbildung zu geben. Sie hielt einen Kursus über Nationalökonomie. Ihre Schüler schätzten sie nicht nur wegen ihrer Kenntnisse und ihrer außerordentlichen Rednergabe, sondern sie liebten sie wegen ihres reinen und leidenschaftlichen Temperaments, das sich immer wieder an den Aufgaben der proletarischen Revolution entzündete.

1914 brach der Weltkrieg aus. Rosa war der Verzweiflung nahe. Die Sozialdemokratie bewilligte die Kriegskredite! Diese Haltung ihrer früheren Genossen veranlaßte sie, sich von ihnen loszusagen. Mit ein paar Getreuen setzte sie mutig ihre aufklärerische Arbeit fort. Im Februar 1915 kam Rosa in das Weiberggefängnis zu Berlin, Barnimer Straße. Sie war wegen einer Rede verurteilt worden und blieb ein Jahr lang in Haft. Nach vier Monaten Freiheit wurde sie in dasselbe Gefängnis zum zweitenmal eingeliefert, übersiedelte dann in die Strafanstalt Wronke und schließlich ins Breslauer Gefängnis. Ueber drei Jahre des Krieges lebte sie hinter Gittern. Obwohl sie schwächlich war und der Gefängnisarzt ihr kleine Erleichterungen zukommen lassen wollte, nahm sie sie nicht. Diese ihre Haltung entsprach nicht etwa einem sich heldenmütig gebärdenden Märtyrertum, sondern war der Ausdruck eines Menschen, der sich völlig seiner Handlungsweise bewußt, der von ihrer Richtigkeit durchdrungen ist und infolgedessen vor den Konsequenzen nicht zurückschreckt. Sie schrieb sofort im Gefängnis eine Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“, die unter dem Pseudonym „Junius“ erschien und trotz geheimer Verbreitung unter den Kriegsgegnern mit Begeisterung gelesen und diskutiert wurde.

Der Einzige, der seinerzeit im Parlament

gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, war Karl Liebknecht. Seit dieser Zeit war Rosa in besonderem Maße mit ihm verbunden.

Wie Rosa im Gefängnis lebte, weiß man durch ihre Briefe, die durch geistige Größe gekennzeichnet sind und von denen tiefste Menschlichkeit ausstrahlt. Auch durch ihre Gefängniswärterinnen weiß man es. „Wie man zuerst die blutige Rosa“ als ein Schreckensweib erwartet und wie sehr man sich getäuscht habe. Ohne den geringsten Anspruch war Rosa immer freundlich und geduldig. Sie wurde weich und gelöst. Hier im Gefängnis konnte sie es sich gestatten. Sie hörte mit Entzücken auf den Morgengesang der Vögel, jedes Blümchen, das sie in ihre Zelle bringen konnte, bereitete ihr unerschöpfliche Freuden. 1917 traf Rosa im Gefängnis die Nachricht vom Tode ihres liebsten Freundes, des Arztes Hans Diefenbach. Er war im Felde von einer Granate zerissen worden. Ihr Schmerz war ungeheuer, trotzdem hielt sie sich aufrecht.

Und dann kam die russische Revolution. Welch ein Schlag, bei aller Freude, untätig im Gefängnis zu sitzen, statt aktiv mitzuwirken. Auch dieses ertrug sie ohne Murren. Endlich war ihre Stunde gekommen! Als der Kaiser geflüchtet und der Krieg verloren und beendet war, öffnete man die Kerker. Sofort nach ihrer Befreiung hielt Rosa eine Ansprache an die Massen, die sich auf dem Domplatz in Breslau angesammelt hatten. Dann fuhr sie nach Berlin. Sie hatte gehört, daß auch Liebknecht entlassen und von der Menge mit Begeisterung empfangen worden war. Liebknecht und Luxemburg bildeten nun den äußersten linken Flügel; sie beide sahen die Gefahr, die der Revolution drohte, sie wollten die Revolution vor den Sozialdemokraten schützen, sie wollten die Revolution. Es kam bekanntlich in allen Teilen Berlins zu blutigen Kämpfen. Soldaten und einige Bürger sahen in den Beiden die Urheber der Zusammenstöße, die hassenswerten Elemente. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mußten sich versteckt halten, sie waren ständig auf der Flucht und durften ihr Haus nicht betreten. Eines Tages wurden sie jedoch entdeckt und von Militär unter Bewachung ins Eden-Hotel gebracht, wo sich der Stab der Brigade Reinhard befand.

Einige Stunden später wurde die Meldung bekanntgegeben, daß Karl Liebknecht auf der Flucht erschossen wurde und Rosa Luxemburg von der empörten Volksmenge gelyncht worden sei. Diese Nachricht war, wie sich nachweislich herausgestellt hat, eine bewußte Lüge. In Wirklichkeit ging alles ganz anders vor sich. Rosa wurde in ein Zimmer geführt, in dem eine Anzahl Offiziere und andere Herrschaften versammelt waren, unter anderen die Leutnants Vogel, Pflug-Hartung, Krull usw. Was sie mit Rosa besprochen haben oder in welcher Weise sie sie beschimpft haben, ist nie in die Öffentlichkeit gedrungen. Eins steht fest. Im selben Moment, als Rosa vor die Tür des Eden-Hotels trat, um in ein Auto zu steigen, das für sie bereitstand, schlug sie der Unteroffizier Runge, ein gedungener Mörder, mit seinem Gewehrkolben zu Boden. Sie sank sofort ohnmächtig um. Man schleppte die Bewußtlose ins Auto und fuhr los. Was sich nun begab, ist nie in allen Einzelheiten aufgeklärt worden. Ganz sicher steht nur fest, daß Rosa nicht, wie die ehrenhaften Herren Offiziere bekundeten, von der Menge, die das Auto auf der Straße angehalten haben soll, gelyncht und verschleppt worden ist. Vielmehr saß neben ihr auf dem Rücksitz ein Mann mit schußbarem Revolver. Wer es war, dieser Letzte, der den tödlichen Schuß abgegeben hat und in dessen feindliches Gesicht Rosas letzter Blick sich fangen mußte, ist nicht bekannt. Erschütternd für alle ihre Freunde ist der Gedanke, daß ihr letzter Blick sich auf bezahlte Schurken, vertierte Mörder, auf den Abschaum der Menschheit richten mußte, anstatt, wie sie es selbst geglaubt und gewünscht hat, auf kämpfende Genossen, die gleich ihr für die erhabene Sache des revolutionären Sozialismus stritten.

Im Auto fand man verspritztes Blut und Gehirn. Der entstellte Leichnam wurde nach Monaten vom Wasser angeschwemmt.

Der Mörderschuß auf Rosa Luxemburg ist niemals gesühnt worden. H. K.

## Organisiert Massenstreiks!

In der heutigen Revolution sind die eben ausgebrochenen Streiks . . . der erste Anfang einer Generalauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland, sie läuten den Beginn des gewaltigen direkten Klassenkampfes ein, dessen Ausgang kein anderer als die Beseitigung des Lohnverhältnisses und die Einführung der sozialistischen Wirtschaft sein kann. Sie lösen die lebendige soziale Kraft der gegenwärtigen Revolution aus: die revolutionäre Klassenenergie der revolutionären Massen.

Rosa Luxemburg (Nov. 1918)